



# Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Heft 1,2/2005.

**MA 05**  
Die Stadt in Zahlen

**Stadt Wien**  
*Wien ist anders.*

# Inhalt, Impressum

## Inhalt

Zu den einzelnen Beiträgen	3
Kommentar zum Artikel „Gendersensible Statistik“	4
Gendersensible Statistik – Vom Sex-Counting zur Genderanalyse	7
Bevölkerungsentwicklung Wiens und der Bezirke 2002–2004	46
Buchbesprechungen	64
Verzeichnis der Wiener Gemeindebezirke	68
Verzeichnis der 1990–2005 erschienenen Artikel nach Sachgebieten und Schlagworten	69
Publikationen der Statistik der Stadt Wien	73

## Impressum

### *Medieninhaber, Herausgeber und Verleger Gestaltung, Herstellung, Satz*

Magistrat der Stadt Wien –  
Geschäftsgruppe Finanzen,  
Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke  
Rathaus, Stiege 6, A-1082 Wien

### *Redaktion*

MA 5 – Referat Statistik und Analyse  
Volksgartenstraße 3, A-1010 Wien  
Telefon: +43-1-4000-88629  
Fax national: 01-4000-99-88610  
Fax international: +43-1-4000-7166  
statistik@m05.magwien.gv.at  
www.statistik.wien.at

### *Redakteur*

Dr. Peter Pokay  
Telefon: +43-1-4000-88631  
pok@m05.magwien.gv.at

Die enthaltenen Daten, Tabellen, Grafiken, Bilder etc. sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der MA 5 – Referat Statistik und Analyse vorbehalten. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Layout des Covers:  
Headquarter – Strnat & Strnat GmbH,  
A-1040 Wien  
Layout und Satz des Innenteils  
und Grafiken:  
Type & Publish KEG,  
A-2344 Maria Enzersdorf

### *Druck*

AV+Astoria Druckzentrum, A-1030 Wien

Gedruckt auf Papier aus der Mustermappe  
„Ökologische Druckpapiere“ von ÖkoKauf  
Wien

### *Offenlegung*

Statistische Analysen, welche die  
Stadt Wien betreffen.

ISSN 1028-0677

Printed in Austria

# Zu den einzelnen Beiträgen

## **Gendersensible Statistik – Vom Sex-Counting zur Genderanalyse**

Chancengleichheit der Geschlechter wird durch kommunale Politik wesentlich mitbestimmt, denn die politischen Rahmenbedingungen in Form von Bereitstellung der Infrastruktur etc. wirken sich unterschiedlich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern aus. Es ist daher davon auszugehen, dass jegliche Form kommunalpolitischer Maßnahmen zugleich die Frage der Chancengleichheit berührt. Anders ausgedrückt: Auch eine in ihren Formulierungen geschlechtsneutrale Kommunalpolitik kann potentiell unterschiedliche Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis haben.

Der Ansatz des Gender Mainstreamings (GM) setzt an diesem Punkt an und sieht vor, dass alle Maßnahmen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Um eine derartige Analyse durchführen zu können, bedarf es jedoch einer entsprechenden Informationsgrundlage (Datenbasen, Indikatoren) wie auch eines fundierten Wissens um (potentielle) geschlechtsspezifische Benachteiligungen. Das bedeutet, dass sowohl Datengrundlagen als auch Indikatoren dahingehend untersucht und gegebenenfalls verändert werden müssen, ob sie die spezifischen Lebenssituationen von Frauen und Männern entsprechend abbilden.

Mittlerweile gibt es – angestoßen durch die Bestrebungen auf EU-Ebene, den Gender Mainstreaming Ansatz zu verankern – eine breite wissenschaftliche Diskussion darüber, wie geschlechtsspezifische Auswirkungen von Maßnahmen aussehen und wie diese gemessen werden könnten. Der vorliegende Artikel beinhaltet eine wissenschaftliche Diskussion über Anforderungen und Möglichkeiten einer gendersensiblen Statistik auf der einen Seite und die bestehenden Möglichkeiten, diese Anforderungen mit dem Alltag einer Administration

wie jener der Stadt Wien zu vereinbaren. Für konkrete Themen wie Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Bildung und Behinderung werden gendersensible Indikatoren entwickelt und daran anschließend wird überprüft, inwieweit diese derzeit mit Daten befüllt werden können bzw. welche realistischen Möglichkeiten bestünden, die jeweiligen Datenbestände aufzubauen. Außerdem diskutieren die AutorInnen Aspekte der Datenaufbereitung, die eine Genderanalyse unterstützen, indem sie über bloßes Sex-Counting hinaus gehen und beispielsweise auf Gender Gaps abstellen.

## **Bevölkerungsentwicklung Wiens und der Bezirke 2002–2004**

In den vergangenen drei Jahren erlebte Wien zum zweiten Mal innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte eine Phase kräftiger Bevölkerungszunahme um ca. 63.700 Personen (4,1%). Wie im Zeitraum zwischen 1989 und 1993 sorgten auch ab 2002 vor allem internationale Wanderungsüberschüsse für eine steigende Einwohnerzahl. Die Wanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland trotz restriktiver Zuwanderungsbestimmungen sind hauptsächlich auf den quotenfreien Zuzug von Familienangehörigen österreichischer Staatsbürger/innen, die in der Vergangenheit eingebürgert wurden, zurückzuführen.

Aber auch die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 hatte verstärkte Zuwanderung aus einigen der Beitrittsländer zur Folge. Ebenso trug die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) zur Bevölkerungszunahme bei, da der traditionell negative Saldo der Geburtenbilanz (Geburten minus Sterbefälle) weiter abnahm und 2004 sogar von einem Geburtenüberschuss abgelöst wurde.

# Kommentar zum Artikel „Gendersensible

## Kommentar zum Artikel „Gendersensible Statistik“

von Kristina Hametner\*

Statistik versucht Realitäten abzubilden. In Zahlen. Was wir über uns, unsere Gesellschaft, unsere Umgebung in Zahlen gegossen lesen können, formt auch unser Bild von Realität, von der Relevanz der Inhalte. Amtliche Statistik liefert Zahlen zum Stand und zur Struktur der Bevölkerung, der Bevölkerungsbewegung, sie hält den Gesundheitsstatus und die Sterbeursachen der Bevölkerung fest, sagt uns, wie es um den Arbeitsmarkt steht, wie viele Arbeitslose es gibt und in Vergleichszeiträumen gegeben hat und vieles mehr.

Vor einigen Jahren bereits meldeten sich Stimmen zu Wort, die meinten, dass die Daten im üblichen statistischen System zumeist eine ganze Menge verschweigen, war doch der Standard die geschlechtsneutrale Zahl: Die Bevölkerung, die Wiener, die Arbeitnehmer – immer jeweils Frauen und Männer gemeint, erfasst jedoch jeweils in ihrer Gesamtheit.

Als gäbe es keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern oder wäre dieser nicht relevant.

Statistische Tabellen änderten sich daraufhin ein wenig. Das Merkmal Geschlecht wurde in immer mehr Tabellen und Grafiken berücksichtigt und für Teilbereiche wurde es zur Selbstverständlichkeit, Daten nach männlich und weiblich aufgeschlüsselt anzugeben. Auf den ersten Blick ein großer Fortschritt. Bereits beim zweiten Blick musste man feststellen, dass genauere Analysen wiederum nicht möglich waren, da die Berücksichtigung des Merkmals Geschlecht zumeist den Verlust des Datums eines anderen Merkmals implizierte: Alter oder Geschlecht, Bildung oder Geschlecht.

So war der nächste Schritt, die üblichen

wichtigen sozioökonomische Daten zur Bevölkerung immer auch nach dem Geschlecht aufgliedert anzubieten.

Dann kam Gender Mainstreaming und damit die Anforderung, die Perspektive beider Geschlechter bereits im Vorfeld in alle politischen und administrativen Entscheidungen und Maßnahmen einfließen zu lassen. Nicht mehr Frauenpolitik als Randthema, sondern Genderpolitik, die die Interessen beider Geschlechter berücksichtigt, als Hauptthema – im „Mainstream“, um bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen.

Dazu bedarf es einer ganz wichtigen Informationsgrundlage – der Kenntnis bestehender Ungleichheiten. Das klingt trivial. Ist es aber nicht, wie das Beispiel „Arbeit“ ganz deutlich zeigt, sobald wir bei „Daten zur Arbeit“ nicht nur – nahe liegend – an Erwerbsarbeit, sondern auch an den großen Bereich der unbezahlten Arbeit denken: Kinderbetreuung, Hausarbeit, Pflegearbeit. Um die Lebensrealitäten beider Geschlechter abzubilden, muss die Statistik beide Felder abdecken, was sie beim Thema der unbezahlten Arbeit derzeit jedoch nur unzureichend kann.

Es wurde deutlich, dass die Berücksichtigung des Merkmals Geschlecht zwar unabdingbar ist, jedoch nicht ausreicht. Denn die zentrale Frage ist, welche Daten zu welchen Lebensbereichen benötigt werden, um die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern tatsächlich abzubilden.

Und wie diese Daten miteinander verknüpft werden müssen. Auch, welche unterschiedlichen Interpretationen verschiedene Darstellungen von Daten evozieren. Hier setzt Gender-Statistik an.

Die Frauenabteilung der Stadt Wien beauftragte das Institut für Höhere Studien mit der Erstellung eines Konzepts für eine gen-

\* Mag.<sup>a</sup> Kristina Hametner ist zuständig für Sozial- und Genderstatistik im Referat Statistik und Analyse der MA 5.

dersensible Statistik in Wien. Eine Soziologin, eine Ökonomin und ein Statistiker arbeiteten in Kooperation mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien eine Grundlage für den Aufbau einer Statistik, die offene Fragen des Jetzt und der Zukunft beantwortet.

Theoretische Überlegungen zu den Anforderungen an eine gendersensible Statistik leiten den Artikel ein, um dann anhand drei konkreter Bereiche – Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Bildung, Behinderung – die Umsetzbarkeit zu überprüfen. Diese Bereiche wurden nach dem Status quo hinsichtlich Datenlage für die Stadt Wien durchforstet, die wenigen vorhandenen Indikatoren diskutiert und vor allem neue Indikatoren, die Teilbereiche von Lebenswelten gendergerecht abbilden könnten, entwickelt. Um dann leider festzustellen, dass diese Indikatoren derzeit häufig nicht mit Daten befüllt werden können. Oder nur rudimentär mit bereits veralteten Zahlen.

Da es mit der vorliegenden Analyse nicht darum ging, Forderungen zu formulieren, die mangels Budget schlicht nicht umsetzbar wären, lag die Herausforderung darin – im Trend liegend –, Administrativdaten heraus zu kristallisieren, die Aussagen zu Genderrealitäten und -ungleichheiten ermöglichen. Denn die Zukunft liegt nicht in neuen großen repräsentativen Primärerhebungen, im Gegenteil – die Volkszählung beispielsweise wurde durch die Melderegisterzählung ersetzt –, sondern im verstärkten Nutzen vorhandener Daten. Daten, die in den verschiedenen Verwaltungseinheiten ohnehin vorhanden sind, aber derzeit nur teilweise zu statistischen Zwecken verwendet werden.

Am Beispiel Beschäftigung zeigen die Autor/innen sehr deutlich, wie eine Genderanalyse aussehen kann – wie weit diese von bloßem Gender-Counting entfernt ist. Zunächst stellen sie eine Tabelle zur Entwicklung der Zahl der unselbständig Be-

schäftigten, der Arbeitslosen und der Arbeitslosenquoten vor. Eine Tabelle, wie sie uns vertraut ist und die man sehr genau lesen muss, um Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen. Bereits die grafischen Darstellungen sind wesentlich aussagekräftiger, da sie gut auf Gender Gaps, Unterschiede zwischen den Geschlechtern, abzielen können. Spielraum, wohin der Blick fokussiert wird, liegt dann auch noch im zeitlichen Bezugsrahmen und in der Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Gender Gaps. Während absolute Gender Gaps den Unterschied zwischen Frauen und Männern anzeigen, wird bei relativen Gender Gaps ein Geschlecht zum Bezugsrahmen des anderen gemacht. Am vorgeführten Beispiel wird erst dann sichtbar, dass sich bei der Entwicklung der Arbeitslosenquoten im Zeitverlauf 1995–2004 Geschlechterunterschiede verstärkt haben – zum Nachteil der Männer.

Neben der Bewertung und Darstellung von Daten liegt ein Weg in Richtung einer gendersensiblen Statistik auch darin, Daten und Indikatoren zu Indices zusammenzufassen. Sodass Aussagen nicht mehr nur auf einzelnen Daten beruhen, sondern diese zusammengeführt, bewertet und gewichtet werden und damit die Wirklichkeit in ihrer Komplexität wesentlich umfassender dokumentieren. Ein solcher Index ist beispielsweise für norwegische Gemeinden mit dem „Gender Equality Index for Norwegian municipalities“ schon erstellt worden.

Auch für Wien gibt es bereits ein qualitativ hochwertiges Instrument, das Synthesis Forschung mit dem „Arbeitsmarktmonitoring Gender Mainstreaming“ erarbeitet hat: Es wurden 20 Indikatoren entwickelt, die Chancengleichheit am Arbeitsmarkt im notwendigen Differenzierungsgrad erfassen. Diese wiederum können zu einem Gesamtindikator zusammengefasst werden, dem „GM-Syndex“, der sehr einfach eine Gesamtbewertung ermöglicht.

# Kommentar zum Artikel „Gender-sensible Statistik“

Worum geht es also in Zukunft? Es geht darum, die richtigen Fragen zu stellen. Es geht darum, vorhandene Daten vielfältiger zu analysieren und nach weiteren Datenquellen zu suchen, eine aussagekräftige, konstante Datengrundlage zu schaffen, die auch kleinräumige Analysen für kleinere Bevölkerungsgruppen ermöglicht – und das im Zeitverlauf. Die Herausforderung liegt darin, diese Daten analytisch zu verknüpfen, aussagekräftige Indikatoren zu finden, um die Inhalte hinter den Zahlen besser zu erfassen: Was die Zahlen wirklich aussagen

und wie sie bearbeitet werden müssen, um uns ein deutlicheres Bild über die verschiedenen Lebenswelten von Frauen und Männern zu geben. Viele kleine Schritte sind notwendig, und insgesamt wird der Aufbau einer gendersensiblen Statistik sicherlich ein längerfristiger Prozess sein, der umso nachhaltiger sein wird, je stärker bereits in der Datensammlung aller „wissenden Stellen“ Gender-Aspekte berücksichtigt werden. Zur Entwicklung von Leitfäden wird das Statistikreferat Hilfestellung leisten.



# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Counting zur Genderanalyse

## Gendersensible Statistik – Vom Sex-Counting zur Genderanalyse

von Angela Wroblewski\*, Andrea Leitner\*\*,  
und Peter Steiner\*\*\*

### Inhalt

1. Einleitung .....	7
2. Begriffsklärung und Anforderungen an eine gendersensible Statistik .....	8
2.1. Exkurs: Vorbild Statistics Sweden .....	11
2.2. Anforderungen an eine gendersensible Statistik .....	12
3. Bezahlte und unbezahlte Arbeit .....	15
3.1. Problembeschreibung .....	15
3.2. Relevante Dimensionen für Indikatoren .....	18
3.3. Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung .....	18
4. Bildung .....	20
4.1. Problembeschreibung .....	20
4.2. Relevante Dimensionen für Indikatoren .....	22
4.3. Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung .....	22
5. Behinderung .....	24
5.1. Problembeschreibung .....	24
5.2. Relevante Dimensionen für Indikatoren .....	27
5.3. Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung .....	27
6. Anmerkungen zur Präsentation von Gender-Statistiken .....	30
6.1. Geschlechtergetrennte Erfassung und tabellarische Darstellung von Daten .....	31
6.2. Grafische Gegenüberstellung und Indikatorenbildung .....	31
6.3. Zusammenführung gendersensibler Statistiken und Gender-Indices .....	36
7. Schlussfolgerungen .....	37
8. Abkürzungsverzeichnis .....	42
9. Literatur .....	43

### 1. Einleitung

Chancengleichheit der Geschlechter wird durch kommunale Politik wesentlich mitbestimmt, denn die politischen Rahmenbedingungen in Form von Bereitstellung der Infrastruktur etc. wirken sich unterschiedlich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern aus. Es ist daher davon auszugehen, dass jegliche Form kommunalpolitischer Maßnahmen zugleich die Frage der Chancengleichheit berührt. Anders aus-

gedrückt: Auch eine in ihren Formulierungen geschlechtsneutrale Kommunalpolitik kann potentiell unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter haben.

Um geschlechtsspezifisch unterschiedliche Konsequenzen von politischen Maßnahmen zu vermeiden, bedarf es einer Planungsgrundlage, die es erlaubt, derartige Auswirkungen zu berücksichtigen. Dabei geht es nicht nur darum, das Potential für die Inanspruchnahme bzw. Betroffenheit einer

\* Dr.<sup>in</sup> Angela Wroblewski ist Soziologin am Institut für Höhere Studien Wien.

\*\* Mag.<sup>a</sup> Andrea Leitner ist Ökonomin am Institut für Höhere Studien Wien.

\*\*\* MMag. Peter Steiner ist Statistiker und Ökonom am Institut für Höhere Studien Wien.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Maßnahme für Frauen und Männer abzuschätzen, sondern auch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausgangslage bzw. der Problemwahrnehmung aufzuzeigen. Auf dieser Grundlage ist in der Folge eine gendersensible Evaluierung von Maßnahmen möglich.

In den letzten Jahren ist es zunehmend üblich geworden, in amtlichen Statistiken aber auch im Rahmen von Primärerhebungen Frauen und Männer getrennt auszuweisen bzw. in der Analyse zwischen Frauen und Männern zu unterscheiden. Es zeigt sich jedoch auch, dass dadurch die spezifischen Lebenssituationen von Frauen und Männern, die z. B. eine Folge der unterschiedlichen Beteiligung an unbezahlter Arbeit sind, nur unzureichend abgebildet werden können und somit die Aussagekraft von Indikatoren für Frauen und Männer jeweils eine andere ist. Die Entwicklung einer gendersensiblen Statistik soll dieses Manko beheben und die Aussagekraft von Statistiken für Genderfragen erhöhen. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst erläutert, was unter einer gendersensiblen Statistik zu verstehen ist und welche Anforderungen diese zu erfüllen hat. Auf Basis dieser zunächst allgemein formulierten Anforderungen wird weiter diskutiert, inwieweit bestehende Datengrundlagen diesen entsprechen bzw. welche Adaptierungen notwendig wären. Diese Diskussion erfolgt anhand konkreter Beispiele aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung sowie der Situation von behinderten Menschen. Es wird dabei jeweils kurz auf geschlechtsspezifische Unterschiede im Hinblick auf Betroffenheit, Bedürfnisse bzw. Problemlagen eingegangen und der aktuelle Stand der Datenlage und Indikatoren beschrieben. Dieser Status Quo wird im Anschluss daran den Anforderungen gegenübergestellt, wobei dieser Vergleich die Grundlage für die Diskussion von Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Richtung einer gendersensiblen Statistik dient.

## 2. Begriffsklärung und Anforderungen an eine gendersensible Statistik

Im Laufe der letzten 10 Jahre ist der Bedarf an geschlechtsspezifischen Statistiken gestiegen, wobei hier internationale Organisationen großen Einfluss hatten und somit die Frage der internationalen Vergleichbarkeit eine große Rolle spielte. Formuliert wurde dieser Bedarf bereits 1985 bei der dritten Frauenweltkonferenz in Nairobi. Die Beijing Plattform (Platform for Action and the Beijing Declaration, Chapter 4, UN, 1996) war ein weiterer wichtiger Meilenstein, um das Bewusstsein im Hinblick auf geschlechtsspezifische Datengrundlagen und Indikatoren zu erhöhen. Es wurden regionale, nationale und internationale Organisationen aufgefordert, gendersensible Statistiken zu erstellen bzw. bestehende statistische Systeme zu adaptieren, um Veränderungen der Situation von Frauen und Männern sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede laufend analysieren zu können. Dabei wird explizit gefordert, dass diese Daten regelmäßig erhoben, analysiert und veröffentlicht werden. In den Empfehlungen wurde festgehalten: „Ensure that statistics related to individuals are collected, compiled, analysed and presented by sex and age, and reflect problems, issues and questions related to women and men in society.“ (§ 206a).<sup>1</sup>

Auch in der EU-Politik – beispielsweise im Zusammenhang mit der Rahmenstrategie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern – wurde der Bedarf an Statistiken und Indikatoren zur Evaluierung von politischen Zielsetzungen deutlich. Insbesondere die Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie erfordert die Bereitstellung von Datenbasen und Indikatoren, die die Situation von Frauen und Männern gleichermaßen aussagekräftig abbilden. Mit dem Gender Mainstreaming-Ansatz (GM) ist auch ein Perspektivenwechsel von frauenspezifischer Politik hin zu einer Politik verbunden, die sich nun an beide

<sup>1</sup> <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/institu.htm>



# nting zur Genderanalyse

Geschlechter gleichermaßen richtet bzw. die Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis berücksichtigen soll. Diese Anforderung verändert auch den Auftrag an statistische Organisationen, da damit ein Übergang von frauenspezifischen Statistiken zu geschlechtsspezifischen Statistiken verbunden ist.

Was ist nun unter einer gendersensiblen Statistik zu verstehen? Nach der UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) wird Gender-Statistik wie folgt definiert: "Gender Statistics are statistics that adequately reflect the situation of women and men in all policy areas – they allow for a systematic study of gender differentials and gender issues."<sup>2</sup>

Eine gendersensible Statistik soll die Genderanalyse ermöglichen. Es gibt allerdings unterschiedlichste Definitionen, was eine Genderanalyse beinhalten soll.

„Gender analysis: the study of the different roles of women and men to understand what they do, what resources they have and what their needs, responsibilities, and priorities are.“ (SEGA 1996)

„Gender analysis captures men’s and women’s different opportunities, constraints and responsibilities, and access to and control over resources.“ (Dayal et al. 1993)

Gemeinsam ist diesen Definitionen, dass sie sich auf geschlechtsspezifische Unterschiede in Ressourcen, Einschränkungen, Bedürfnissen und Möglichkeiten beziehen. Moser et al. (1999) gehen noch darüber hinaus, indem sie bei der Entwicklung einer Genderanalyse die Herstellung eines Konsens über das Gender-Konzept als einen zentralen Schritt sehen. „The components of a gender analysis therefore depend on the institution’s approach to gender issues.“ (Moser et al. 1999: 16).

Die systematische Analyse der Lebenssi-

tuationen von Frauen und Männern verlangt also mehr, als das generelle Ausweisen von Frauen und Männern in diversen Statistiken. Um nicht im „Sex-Counting“ stecken zu bleiben, müssen Frauen- und Männerquoten danach bewertet werden, wie weit diese die männlichen und weiblichen Lebensverhältnisse gleichermaßen abbilden (z. B. bei bezahlter und unbezahlter Arbeit). Doch es geht nicht nur darum, die entsprechenden Indikatoren von Frauen und Männern nebeneinander zu stellen, sondern auch darum, die Situation von Frauen im Vergleich zu jener der Männer zu analysieren. Es müssen aber auch historische und kulturelle Entwicklungen des Geschlechterverhältnisses im jeweiligen Bereich einbezogen werden (z. B. Frauenanteil bei Führungspositionen in technischen oder Dienstleistungsberufen). Dies betrifft also sowohl die Auswahl der adäquaten Indikatoren als auch die Bewertung der Aussagekraft der Indikatoren im Hinblick auf strukturelle Benachteiligungen. „Eine Gender-Analyse macht die geschlechtshierarchischen Strukturen sichtbar.“ (Stiegler 2002: 23)

Gendersensible Statistik soll also eine systematische Einbeziehung der Geschlechterbetroffenheit, d. h. des Zugangs von Frauen und Männern zu Ressourcen, der Berücksichtigung der unterschiedlichen Betroffenheit von Maßnahmen und Handlungsrestriktionen bieten.

Ein zentrales Merkmal, das die Teilhabechancen von Frauen und Männern prägt, sind familiäre Verpflichtungen. In kaum einer Datengrundlage ist eine Variable „familiäre Betreuungspflichten“ vorhanden, am ehesten noch das Vorhandensein von Kindern, aber in den meisten Fällen fehlt auch dieses Kriterium. EUROSTAT versucht zunehmend, dieser Problematik damit zu begegnen, dass bei der Darstellung der Ergebnisse von Statistiken nicht mehr nur nach Geschlecht unterschieden wird, sondern auf eine Lebenslaufperspektive abge-

<sup>2</sup> vgl. [www.unece.org/stats/gender/web/](http://www.unece.org/stats/gender/web/)

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

stellt wird. Dabei wird zunächst neben Geschlecht auch das Alter in die Analyse einbezogen, um Aussagen für Frauen und Männer in unterschiedlichen Altersgruppen zu ermöglichen (vgl. EUROSTAT 2002 und Windquist 2004). Als erste Annäherung, um eine Lebenslaufperspektive abbilden zu können, werden drei Phasen unterschieden: „formative years, the working and family years and the retirement years“ (Windquist 2004: 2), wobei der Schwerpunkt auf der zweiten Phase liegt. Um die familiäre Situation (v. a. die Betreuungsaufgaben) berücksichtigen zu können, sollte die zweite Phase noch weiter untergliedert werden.

Doch dieser ambitionierte Anspruch an eine gendersensible Statistik soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor eine ganze Reihe von Bereichen gibt, für die keine geschlechtsspezifischen Informationen vorliegen. In diesen Bereichen werden Daten prinzipiell als geschlechtsblind ausgewiesen, vielfach auch, weil der Geschlechterbezug nicht unmittelbar ersichtlich ist. Dabei handelt es sich zumeist um Daten, die aus dem Wirtschafts- oder Infrastrukturbereich stammen (wie z. B. Unternehmen, Transport, Landwirtschaft, Dienstleistungen). So ist es beispielsweise nicht selbstverständlich, dass das Geschlecht des/r Unternehmensinhabers/in ausgewiesen wird.

Me (2004: 2) hält in diesem Zusammenhang fest: „New challenges are in converting into regular programmes of data collection what is now based on ad-hoc initiatives (such as the measurement of time-use and domestic violence) and in developing instruments for gender analysis that go beyond the traditional aspects of women and men participating in the society. (...) A lot still needs to be done to further standardise indicators, establish links between official statistics and policies, and to engender the production and dissemination of statistics particularly in those areas

where there is little tradition of gendered analysis such as business statistics, transport and communication statistics.“

Die aktuellsten Herausforderungen nach Me (2004: 5) sind dabei die vollständige Erfassung des Beitrags von Frauen und Männern bei bezahlter und unbezahlter Arbeit, umfassenderes Wissen über alle Formen von Arbeit, Erwerbstätigkeit, Armut und Gewalt.

Aber die Entwicklung einer gendersensiblen Statistik bedeutet mehr als nur die Aufschlüsselung bestehender Datenbestände nach Geschlecht. Durch die Datenbestände und Indikatoren sollen die typischen Lebensumstände von Frauen und Männern erfasst und analysiert werden. Damit ist auch die Anforderung verbunden, Themen oder Bereiche, die bislang in Statistiken aus unterschiedlichsten Gründen nicht erfasst waren, zu berücksichtigen. Dies erfordert einen Umstrukturierungsprozess, von dem alle Phasen der Datengewinnung und Verarbeitung betroffen sind. „The production of gender statistics requires more than just collecting official data disaggregated by sex. Concepts and methods used in every stage should adequately reflect and gender-based biases in social norms, attitudes and economic life, to correctly evaluate the contribution of women and men to the society.“ (Me 2004: 5)

Für kommunale Einrichtungen ist es neben dem Sichtbarmachen der Leistungen von Frauen und Männern, auch wichtig zu wissen, wer von kommunalen Angeboten bzw. Leistungen profitiert bzw. wer diese in Anspruch nimmt und welche mittelbaren Effekte damit verbunden sind. So leisten primär Frauen unbezahlte Pflegeleistungen, Männer profitieren häufiger davon. Auf der anderen Seite befinden sich mehr Frauen als Männer in institutioneller Pflege. Davon profitieren nicht nur die zu pflegende Person, sondern häufig auch andere weibliche Familienmitglieder, denen da-

# nting zur Genderanalyse

durch eine Erwerbstätigkeit ermöglicht wird. In diesem Beispiel hängen geschlechtsspezifische Unterschiede mit der unterschiedlichen Lebenserwartung von Frauen und Männern zusammen, aber auch mit traditionellen Rollenbildern und der Organisation der Arbeitswelt.

## 2.1 Exkurs: Vorbild Statistics Sweden

Viel zitierter Vorreiter im Hinblick auf die Entwicklung von gendersensiblen Statistiken ist Statistics Sweden, das bereits 1983 als erstes nationales Statistisches Amt eine eigene Abteilung „Gender Statistik“ etablierte.<sup>3</sup> In den folgenden Jahren wurde ein Prozess eingeleitet, um Genderfragen als Querschnittsmaterie in allen inhaltlichen Bereichen zu verankern und eine Datengrundlage zu entwickeln, die den Politikgestaltungsprozess, die Planung und Implementierung von Maßnahmen sowie die Evaluation von Maßnahmen zum Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten unterstützt.

Hedmann et al. (1996) beschreiben den Aufbau einer gendersensiblen Statistik als einen mehrstufigen Prozess, der unabhängig von inhaltlichen Fragestellungen einzuhalten ist. Es geht eben nicht nur darum, bei vorhandenen Datengrundlagen Frauen und Männer getrennt auszuweisen, sondern um die Veränderung des gesamten Prozesses der Datengewinnung und -aufbereitung. Zentrales Charakteristikum dieses Umstrukturierungsprozesses ist, dass sowohl die AnwenderInnen als auch die ProduzentInnen dieser Statistiken einbezogen sind. Die Kooperation zwischen AnwenderInnen und ProduzentInnen von Daten sollte von Beginn an erfolgen, da die AnwenderInnen (ForscherInnen bzw. politische AkteurInnen) auf Basis des konkreten Forschungsinteresses bzw. der vorliegenden Problemstellung ihren Datenbedarf definieren. In vielen Fällen ist es für die Analyse hilfreich oder auch notwendig, Daten aus unterschiedlichen Quellen zu bearbeiten bzw.

zusammenzuführen. Auf dieser Basis wird dann ein Set von Indikatoren definiert, das für die Ad-hoc-Analyse verwendet wird, im Idealfall aber darüber hinaus auch im Zeitverlauf zur Verfügung steht. In der Praxis stellen sich gerade in diesem Zusammenhang die größten Probleme, da für viele Themen keine oder nur unzureichende Informationen vorliegen oder aber unterschiedliche Datenbanken nicht zusammengeführt werden können, beispielsweise aufgrund unterschiedlicher Definitionen von Indikatoren, abweichender Grundgesamtheiten oder Zeitbezüge.

Viele dieser datentechnischen Probleme rühren daher, dass vorliegende Datenbanken bzw. Datenbestände aufgrund spezifischer Informationsanforderungen oder Verwendungszwecke geschaffen wurden und nicht primär den Zweck einer sozialwissenschaftlichen Analyse verfolgen. So ist beispielsweise die Arbeitslosenstatistik ein Produkt der administrativen Vorgänge rund um das Thema Arbeitslosigkeit, d. h. es sind primär Personen als arbeitslos registriert, die auch Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben oder an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilnehmen wollen bzw. können. Damit sind jedoch Personen ohne Arbeitslosengeld- oder Notstandshilfeanspruch unterrepräsentiert und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich je nach dem, ob die administrativ produzierte Arbeitslosenstatistik oder der Mikrozensus, der eine Selbsteinschätzung des Status beinhaltet, herangezogen wird.<sup>4</sup>

Es gilt daher in vielen Fällen die Balance zwischen den Interessen bzw. den daraus resultierenden Anforderungen an Daten und Indikatoren von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen auf der einen Seite und den Bedürfnissen einer Administration andererseits zu finden bzw. mögliche Synergien zwischen diesen beiden Bereichen auszunutzen. Ein Monitoringsystem, das über weite Strecken auf amtlicher Statistik

<sup>3</sup> Formale Grundlage dafür war „The Equal Opportunities Act“ (1980) und die Verordnung über offizielle Statistiken (Ordinance on Official Statistics) der schwedischen Regierung, vgl. dazu auch Hedmann 2004.

<sup>4</sup> Vgl. zu dieser Problematik Leitner, Wroblewski 2000.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

basiert, hat den Vorteil, in regelmäßigen Abständen vergleichbare Informationen zu liefern. Gleichzeitig können nur begrenzt Zusatzinformationen (Informationen, die nicht unmittelbar zur Abwicklung administrativer Vorgänge notwendig sind) aufgenommen werden.

Doch wie stellt sich nun nach Hedman et al. (1996) ein idealtypischer Ablauf für den „Produktionsprozess“ gendersensibler Statistiken dar? Die AnwenderInnen von statistischen Informationen definieren auf Basis ihres Forschungs- oder Erkenntnisinteresses den Datenbedarf. Die zugrunde liegende Fragestellung kann entweder eine Analyse bestehender Geschlechterunterschiede, die Erarbeitung von Maßnahmen zum Abbau von Geschlechterunterschieden oder aber deren Evaluierung beinhalten. Mit dieser Fragestellung wird auch eine Zielsetzung definiert, d. h. ein Ergebnis, das durch Geschlechterpolitik erreicht werden soll (wie z. B. der Abbau von Geschlechterunterschieden im Einkommen). Aus dieser konkreten Fragestellung wird der Bedarf an Informationen abgeleitet. In der Folge wird zunächst versucht, diese Informationen auf Basis der bestehenden Datenbestände zur Verfügung zu stellen. In vielen Fällen müssen jedoch Strategien im Umgang mit Datenlücken entwickelt werden. Können Datenlücken durch die Kombination unterschiedlicher Datenquellen geschlossen werden? Besteht die Möglichkeit, die fehlenden Informationen gesondert zu erheben?

Der Versuch, bestehende Datenlücken zu schließen, beinhaltet enormes Potential der Weiterentwicklung von bestehenden Monitoringsystemen, insbesondere wenn es zu dauerhaften Veränderungen der Informationsgrundlage kommt, d. h. nicht nur zu einer einmaligen Ad-hoc-Ergänzung durch andere Datenquellen oder Primärerhebungen. Aufgrund der Komplexität von Monitoringsystemen sind häufig bereits geringfügige Adaptierungen im Hinblick auf die

Aussagekraft der Daten mit gravierenden Kosten und administrativem Aufwand verbunden.

Gelingt es jedoch eventuell vorhandene Datenlücken zu schließen, so erfolgt die Analyse der Daten, deren Präsentation und Veröffentlichung. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt eine Rückkoppelung an die Scientific Community aber auch an die interessierte Öffentlichkeit und politische EntscheidungsträgerInnen, die auf Basis der Ergebnisse der Analyse neue Fragestellungen entwickeln, d. h. der Prozess beginnt wieder von neuem.

Die Einbeziehung der AnwenderInnen bzw. NutzerInnen von Statistiken bei der Entwicklung von gendersensiblen Statistiken ist nach Hedman et al. (1996) ein zentrales Charakteristikum des Prozesses. In diesem Sinne betont auch Me (2004: 11) die Notwendigkeit der Anwendungsorientierung von Statistiken: „Gender statistics is not an end by itself. Statistical data become meaningful to the extent that they are converted into usable and actionable information for policy decision and therefore it is important that producers and users of gender statistics work very closely to assure the relevance of the information produced.“

## 2.2 Anforderungen an eine gendersensible Statistik

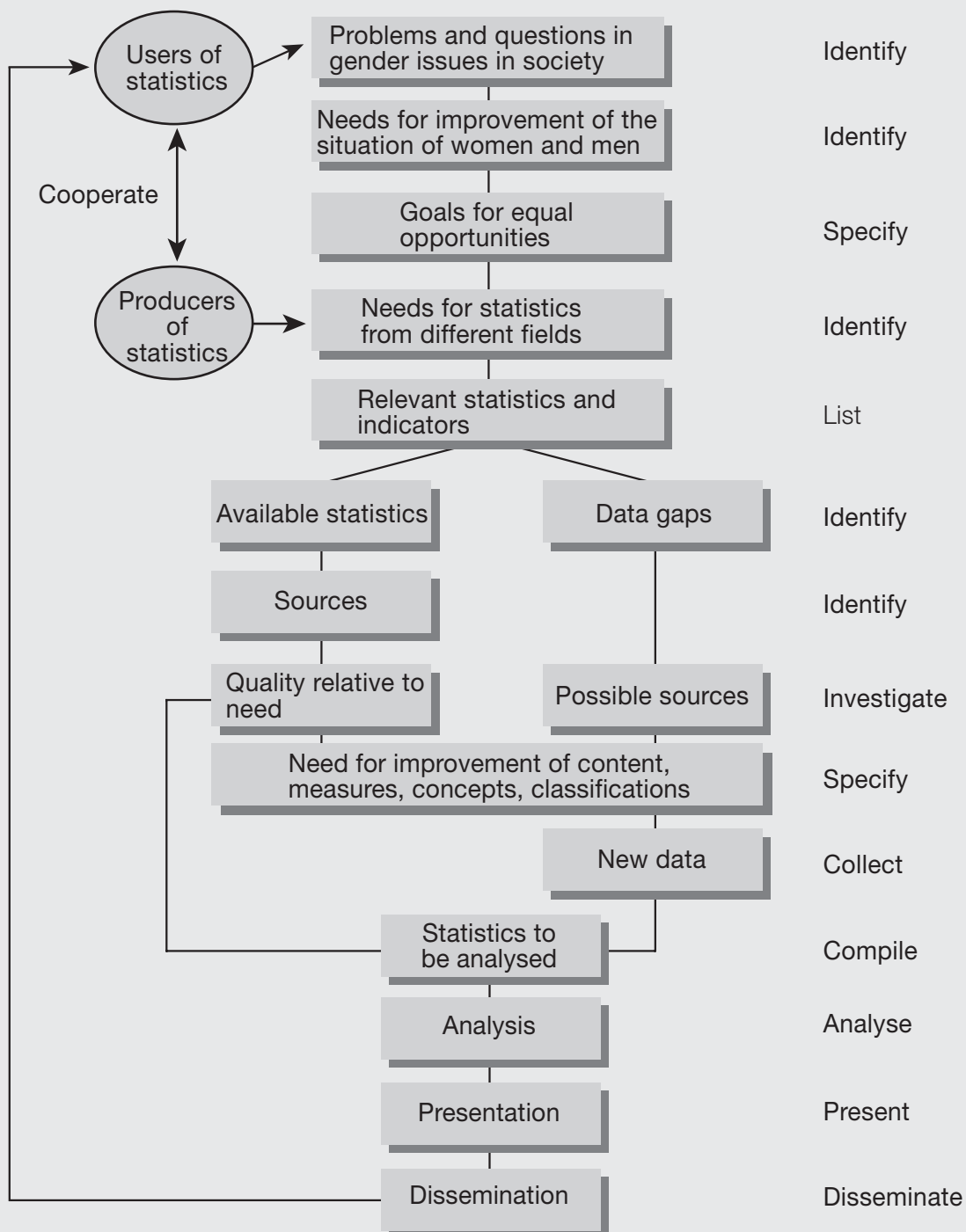
Gender-Statistiken bilden die Situation von Frauen und Männern adäquat ab, indem sie die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Realitäten von Frauen und Männern berücksichtigen. Die Errichtung einer Gender-Statistik kann also als Prozess verstanden werden, der zum Umbau von bestehenden Statistiken führt, damit diese die genannten Anforderungen erfüllen können. Diesen Prozess kann man auch als das Gender Mainstreaming von Statistiken bezeichnen, wird die spezifische Lebenssituation von Frauen und Männern abgebildet und explizit in die Analyse einbezogen.

# nting zur Genderanalyse

Abb. 1: Produktionsprozess gendersensibler Statistik

## Gender Statistics

### The Production Process



# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Eine aussagekräftige Statistik im Hinblick auf Gender-Fragen ist aus mehreren Gründen wichtig:

- Zeigt Gender-Unterschiede auf und führt zum Aufbau von Gender-Wissen.
- Fördert Bewusstseinsbildung im Hinblick auf Gender-Unterschiede.
- Liefert notwendige Hintergrundinformation für Politikgestaltung.
- Ermöglicht ein laufendes Monitoring der Effekte von Politiken und Programmen auf das Leben von Frauen und Männern bzw. von dadurch ausgelösten Veränderungen.

Um diese Aspekte erfüllen zu können, bedarf es eines Monitoringsystems, das laufend verfügbar ist, um Veränderungen im Zeitverlauf erfassen und so die Effekte von Maßnahmen bewerten zu können. Es müsste ein Monitoringsystem sein, das „standardmäßig“ verfügbar ist und neben dem Merkmal Geschlecht auch andere soziodemographische und soziokulturelle Faktoren beinhaltet, um die Lebensrealitäten von Frauen und Männern entsprechend abzubilden. Zudem sollte das System jedoch auch so flexibel sein, dass Veränderungen in den Lebensrealitäten nachgezeichnet werden können.

Die folgenden Ausführungen thematisieren für drei Anwendungsbereiche die Anforderungen an eine gendersensible Statistik.

Konkret werden dabei folgende Aspekte behandelt:

**Verfügbarkeit und Aussagekraft von Indikatoren:** Ausgehend von der Diskussion der Unterschiede zwischen Männern und Frauen bezüglich Betroffenheit von bzw. Zugang zu bestimmten Themen wird der Frage nachgegangen, welche Indikatoren für eine gendersensible Analyse vorliegen müssten. Diese Anforderungen werden dann dem aktuellen Status Quo gegenübergestellt und so gezeigt, welche dieser An-

forderungen erfüllt sind und wo ein Entwicklungsbedarf besteht.

**Differenzierungsgrad:** Genderstatistik sollte mehr sein, als die Differenzierung zwischen Männern und Frauen in Indikatoren. Unterschiedliche Interessen und Lebenslagen von Frauen und Männern hängen stark mit Alter, familiärer Situation und der Beteiligung an Erwerbsarbeit zusammen. D. h. es sollte zumindest eine Differenzierung von Männern und Frauen in unterschiedlichen Altersgruppen erfolgen und im Idealfall eine Differenzierung nach Haushaltsform (Singles, Paar ohne Kind, Paar mit Kind bis 15 Jahre, Paar mit älteren Kindern) und Erwerbsbeteiligung. Wichtig dabei ist nicht nur, dass einzelne Analysen nach mehreren Subgruppen erfolgen, sondern auch, dass die relevanten Merkmale (z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand bzw. Betreuungspflichten) auf individueller Ebene verfügbar sind, um den Einfluss der einzelnen Merkmale voneinander isolieren zu können.

**Perspektivenwahl:** Der in den meisten erhobenen Statistiken dominierende Fokus auf die Erwerbstätigkeit bzw. die Zeitspanne des „aktiven“ Erwachsenenlebens sollte um eine Lebenslaufperspektive erweitert werden. In der Darstellung der Situation von Frauen und Männern in der EU (EU-ROSTAT 2002) wird eine Lebenslaufperspektive durch die Schwerpunktsetzung auf formative years (Kindheit, Bildung), working life (Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Vereinbarkeitsproblematik etc.) und retirement (Pension) gelegt. Es soll daher so weit wie möglich auf die Wohnbevölkerung abgestellt werden.

**Ebene der Beobachtungseinheiten:** Für die konkret ausgewählten Themenbereiche werden jeweils Indikatoren diskutiert, die sich auf die Ebene der NutzerInnen, der Beschäftigten, der EntscheidungsträgerInnen und der Infrastruktur beziehen (siehe unten).



# nting zur Genderanalyse

**Gendersensible Bewertung der Indikatoren:** Die verwendeten Indikatoren sind jeweils danach zu beurteilen, inwieweit sie „typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Lebenssituationen gleichermaßen abbilden, oder aufgrund der gewählten Maßzahl geschlechtsspezifische Verzerrungen z. B. durch unterschiedliche Beteiligung an familiären Aufgaben oder Erwerbsintegration gegeben sind.

**Gendersensible Interpretation von Daten:** z. B. Berücksichtigung von Gender Bias bei der Beteiligung an Befragungen, unterschiedlichen Lebenssituationen und Betroffenheiten von Frauen und Männern.

**Regionalisierung:** Die Prinzipien, nach denen eine gendersensible Statistik aufgebaut ist, unterscheiden sich nicht danach, ob eine nationale oder eine regionale Einheit Datenproduzent ist (im Idealfall würden sich die Messkonzepte decken). Was allerdings auf regionaler Ebene leichter sein sollte, ist die Einbeziehung regionaler Veränderungen und spezifischer Einflussfaktoren, wodurch ein höherer Erklärungswert für Veränderungen besteht. Es stellt sich daher die Frage, wie diese regionalen Rahmenbedingungen einbezogen werden können.

**Zeitdimension:** Beschreibung des Status Quo (Querschnitterhebung) versus kontinuierlicher Datenerhebungen, anhand derer Veränderungen analysiert werden können. Hier spielt zum einen die inhaltliche Fragestellung der Analyse eine Rolle (soll die Veränderung der Position von Frauen dargestellt werden oder aber die Veränderung der geschlechtsspezifischen Unterschiede), zum anderen die Qualität der Datengrundlagen (Probleme mit der Datenqualität wirken sich weniger stark aus, wenn auf Anteile und auf deren Veränderung im Zeitverlauf abgestellt wird, weil dann nur Tendenzen interpretiert werden).

**Darstellungsform:** Auch bei der Darstellung der Ergebnisse spielt die Gender-Per-

spektive eine wesentliche Rolle. So genügt es beispielsweise nicht, Frauen- und Männerwerte nebeneinander auszuweisen, sondern es geht auch darum, die relative und absolute Position von Frauen im Vergleich zu Männern darzustellen. Diese Frage wird im abschließenden Kapitel behandelt.

In den Anwendungsbeispielen wird die geschlechtsspezifische Problembeschreibung und Entwicklung relevanter Diskussionen auf Basis vorliegender Studien und theoretischer Diskussionen zusammengefasst. Dies bildet die Grundlage für die Bewertung des Status Quo an Datenbeständen und verfügbaren Indikatoren, die jeweils dargestellt und kritisch diskutiert werden. Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welcher Richtung eine Weiterentwicklung der Monitoringsysteme notwendig und möglich wäre.

## 3. Bezahlte und unbezahlte Arbeit

Die Verteilung der Geschlechter auf bezahlte und unbezahlte Arbeit stellt eine Art übergeordnetes Thema für geschlechtersensible Statistik dar, da darin die unterschiedlichen Lebensverhältnisse bzw. -situationen von Frauen und Männern hervortreten und auch die damit verbundenen Konsequenzen der Ressourcenverfügbarkeit sichtbar werden.

### 3.1 Problembeschreibung

Gendersensible Statistiken zu bezahlter und unbezahlter Arbeit stellen eine große Herausforderung dar, umfassen sie doch den Großteil der gesamten Zeitressourcen und eine Vielzahl unterschiedlicher Tätigkeiten. Hinzu kommt, dass dabei die Orientierung der Statistik auf die Erwerbsarbeit und hier auf typisch männliche Formen besonders sichtbar wird: Bezahlte Arbeit ist deutlich besser dokumentiert als unbezahlte Arbeit und in den Erwerbsstatistiken zeigt sich trotz der zunehmenden Flexibilisierung von Beschäftigungsformen eine

Konzentration auf kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung.

Ein Vergleich der bestehenden Statistiken in Österreich mit einer Checkliste für good practices für Gender Mainstreaming im Bereich der Arbeitsmarktstatistik, die auf einer internationalen Konferenz der ILO (vgl. ILO 2003) präsentiert wurde, zeigt, dass es auch in den Erwerbsstatistiken erhebliche Mängel gibt. Als eine zentrale Forderung wird hier festgehalten, dass bei der Präsentation von Arbeitsmarktdaten nicht nur nach Geschlecht sondern auch nach familiären Umständen unterschieden werden soll, dass aber gleichzeitig auch Arbeitsbedingungen und der institutionelle Kontext zu berücksichtigen sind. Die ILO hat ein Set von 30 Indikatoren für ein Monitoring der Qualität der Arbeit vorgeschlagen (vgl. Anker et al. 2002), das derzeit noch weiter entwickelt wird (work in progress, vgl. Me 2004: 9). Österreich kann zu den meisten dieser Indikatoren Daten für Frauen und Männer liefern, allerdings können die Indikatoren nur in Ausnahmefällen auch nach familiärem Status ausgewiesen werden.

Für eine gendersensible Statistik sollen bezahlte und unbezahlte Arbeit als gleichwertige Bereiche erfasst werden. Dies ist kein leichtes Unterfangen, da selbst aus individueller Perspektive unbezahlte Arbeit nur schwer fassbar ist. Unbezahlte Arbeit kann teils nur schwer von Freizeit getrennt werden (z. B. Spielen mit Kindern, Kochen, Engagement in Vereinen) und ihr Ausmaß wird bei Befragungen vielfach über- oder unterschätzt.<sup>5</sup> Um subjektive Verzerrungen zu verhindern, sollte bezahlte und unbezahlte Arbeit durch Zeitbudgeterhebungen erfasst werden, indem das gesamte Zeitbudget unterschiedlichen Tätigkeiten zugeordnet wird.

In Österreich wurden Zeitbudgetstudien in den Jahren 1981 und zuletzt 1992 durchgeführt, die jedoch nur zum Teil miteinander bzw. international vergleichbar sind (vgl.

Gross 1995). Seit Beginn der 1990er Jahre bestehen Bemühungen auf EU-Ebene, eine einheitliche Zeitverwendungsstudie („Harmonized Time Use Study“) durchzuführen, erste Pilotprojekte wurden 1996/97 gestartet. Als Vorbildländer dafür gelten Großbritannien, Dänemark oder Finnland. In Großbritannien werden seit den 1960er Jahren regelmäßig Zeitbudgetuntersuchungen durchgeführt (vgl. Gershuny 2002). In Finnland wurden in den Jahren 1979, 1987 und 1999 detaillierte Zeitbudgetstudien durchgeführt, die auch eine Analyse der Veränderungen im Zeitverlauf erlauben. Dabei werden neben Erwerbstätigkeit Hausarbeit, Kinderbetreuung und Freizeitaktivitäten erfasst (vgl. Niemi, Pääkkönen 2002). In Dänemark wurde eine ähnliche Erhebung 1987 und 2001 durchgeführt (vgl. Wroblewski, Leitner 2004).

Eine second-best-Lösung für die Erhebung der unbezahlten Arbeit stellt die Kombination unterschiedlicher themenspezifischer Erhebungen dar, denn die Aufsummierung der Ergebnisse führt meist zu erheblichen Über- oder Unterschätzungen der eingesetzten Zeit. So kann beispielsweise aus dem Mikrozensus-Sonderprogramm über Pflegeleistungen, Haushaltsführung und Kinderbetreuung die Mitwirkung an Reproduktionsarbeiten quantifiziert werden. Dieses Sonderprogramm wurde zuletzt im September 2002 abgefragt und ist großteils mit dem gleichnamigen Sonderprogramm von 1995 vergleichbar – nicht jedoch mit EU-Zeitbudgetstudien. Das Mikrozensus-Sonderprogramm zum Freizeitverhalten (zuletzt im September 1998 erhoben) kann weitere Aktivitäten quantifizieren, wie z. B. die Mitarbeit in Vereinen.

Auch wenn Daten zur Beteiligung der Geschlechter an bezahlter und unbezahlter Arbeit veraltet bzw. unvollständig sind, stimmen unterschiedliche Studien darin überein, dass Frauen im Allgemeinen in Summe zumindest gleich viel arbeiten wie Männer, ihr Anteil an unbezahlter Arbeit

<sup>5</sup> Vgl. Abgrenzungsprobleme von Freizeit zu anderen Aktivitäten. Als Hilfestellung kann hier die Definition von Freizeit verwendet werden, indem unbezahlte Arbeit jene Tätigkeiten ausschließen soll, in der sie tun und lassen können, was sie wollen, aber auch eigene Reproduktionsarbeiten wie Essen oder Anziehen. Darüber hinaus zeigt sich beispielsweise bei getrennten Paarbefragungen, dass die eigene Einschätzung über die Übernahme von Reproduktionsarbeiten ganz erheblich von jener der/des Partners/In abweichen kann. (vgl. Koppetsch, Burkart 1999).

# nting zur Genderanalyse

Tabelle 1: Übersicht Indikatoren „Bezahlte und unbezahlte Arbeit“

	Dimension	Indikatoren	Datenquelle
Quantität bezahlter Arbeit	Erwerbsbeteiligung	Anteil der beschäftigten bzw. erwerbstätigen Personen an erwerbsfähiger Bevölkerung	Arbeitskräfteerhebung, HV
	Ausmaß der Erwerbstätigkeit	Normale Arbeitszeit/Arbeitszeit der letzten Woche	Arbeitskräfteerhebung, MZ-Sonderprogramm Flexible Arbeitszeit 2/01
	Berufsunterbrechungen	Dauer unterschiedlicher Phasen des Berufsverlaufs wie familiäre Unterbrechungen, Arbeitslosigkeitsphasen, sonstige Phasen der Nichterwerbstätigkeit	Individualdaten des HV, MZ-Sonderprogramm 3/96, DWH
	Ursachen der Nichterwerbstätigkeit	Status der Nichterwerbstätigkeit (Lebensunterhalt), Gründe der Nichterwerbstätigkeit	MZ Grundprogramm, MZ-Sonderprogramm 3/95, 3/02
	Berufliche Tätigkeit	Berufliche Tätigkeit (frühere Stellung bei Nichterwerbstätigkeit), Stellung im Beruf	MZ
	Branche	Wirtschaftszweig	MZ, HV
Qualität bezahlter Arbeit	Form d. Beschäftigungsverhältnisses	Selbständig/unselbständig, befristet/unbefristet	MZ, MZ-Sonderprogramm 2/02
	Unternehmensgröße	Unternehmensgröße nach Klassen	HV
	Einkommen	Brutto- bzw. Nettoeinkommen	HV, ECHP, Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, Verdienststrukturerhebung
Unbezahlte Arbeit	Beteiligung an Hausarbeit	Mithilfe bei Hausarbeit bzw. Mithilfe des Partners oder anderer Personen	MZ-Sonderprogramm 3/95, 3/02
	Beteiligung an Kinderbetreuung	Mithilfe bei Hausarbeit bzw. Mithilfe des Partners oder anderer Personen	MZ-Sonderprogramm 3/95, 3/02
	Beteiligung an Pflege von sonstigen Angehörigen	Mithilfe bei Hausarbeit bzw. Mithilfe des Partners oder anderer Personen	MZ-Sonderprogramm 3/95, 3/02
	Beteiligung an gemeinnütziger Arbeit	Freizeitnutzung für Vereinsarbeit, Sozialarbeit etc.	MZ-Sonderprogramm 3/98, 4/92
Unterstützungsangebote	Angebot und Nutzung von öffentlichen und privaten Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen	Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und betreute Kinder in Betreuungseinrichtungen	Kindertagesheimstatistik, MZ Sonderprogramm 3/95, 3/02
	Ausstattung mit Haushaltsgeräten	Ausstattung mit Geschirrspüler und sonstigen haushalterleichternden Geräten	MZ Sonderprogramm 2/92
	Bezahlte Haushaltshilfen	Berufliche Tätigkeit	MZ

maßgeblich höher ist als jener von Männern, sie dafür aber weniger Zeit mit bezahlter Arbeit verbringen. Die Situation hat sich insofern verändert, als Frauen zunehmend auch bezahlte Arbeit übernehmen, doch die Verantwortung für den Großteil der unbezahlten Haushalts- und Familienarbeit bleibt weiterhin in der Verantwortung der Frauen (vgl. Gross 1995). So ist zwar die Beschäftigungsquote der Frauen zwischen 1970 und 2000 in Österreich von 52 % auf 63 % gestiegen, doch die Mithilfe

im Haushalt durch Männer hat sich kaum verändert. Männer leisten im Schnitt nur rund ein Fünftel der gesamten unbezahlten Arbeit im Haushalt (4,7 von 20,0 Stunden pro Woche). Bei Paaren mit Kindern ist die unterschiedliche Verteilung zwischen Frauen und Männern besonders groß: Frauen arbeiten im Schnitt 37,9 h unbezahlt und 20,7 h bezahlt, während Männer 7,9 h unbezahlt arbeiten und 33,8 h bezahlt (MZ 2002, vgl. Wroblewski, Leitner 2004).

<sup>6</sup> 2004 ergibt sich allerdings bei der Arbeitskräfteerhebung ein Bruch, der zwar eine bessere Repräsentativität der Stichprobe ergibt, aber damit einen Vergleich zu früheren Jahren verhindert (vgl. Kytir, Stadler 2004).

<sup>7</sup> Im Jahr 2001 wurde zum letzten Mal eine Volkszählung durchgeführt, sodass es künftig diese Datenbasis nicht mehr geben wird. Stattdessen werden Registerdaten stärker genutzt und systematisch aufgebaut, wie z. B. das Zentrale Melderegister und das Bildungsstandsregister der Statistik Austria.

<sup>8</sup> Der Mikrozensus erfasste bis 1997 Einkommensdaten. Einkommensdaten werden seither hauptsächlich über den Allgemeinen Einkommensbericht der Statistik Austria publiziert.

<sup>9</sup> Das ECHP wurde bis 2002 durchgeführt und mittlerweile durch das EU-SILC (European Statistics on Income and Living Conditions) ersetzt, das ähnliche Themenbereiche, aber teils andere Fragestellungen und eine andere Stichprobe enthält. 2003 wurde das EU-SILC in Österreich und fünf anderen Ländern (Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland und Luxemburg) durchgeführt und soll ab 2005 alle EU-Mitgliedstaaten erfassen. Mit einer Stichprobe von 4.500 Haushalten in Österreich, von denen ein Viertel über vier Jahre in der Erhebung bleibt, können daraus wien-spezifische Informationen über Einkommen, Wohnsituation, Gesundheit und Arbeitssituation und ihre individuelle Entwicklung analysiert werden.

Diese ungleiche Verteilung hat sowohl Konsequenzen für die zur Verfügung stehende Freizeit als auch für finanzielle Ressourcen und die damit einhergehende Existenzsicherung oder Autonomie. Damit werden Frauen und Männer zu unterschiedlichen Beschäftigungs-, Konsumenten- oder Transferzahlungsgruppen. Genauere Kenntnisse über ihre Verteilung könnten dazu beitragen, die Konsequenzen von politischen Interventionen zu beurteilen, wer beispielsweise Zielgruppe von politischen Maßnahmen ist oder wie Anreize für Handlungsveränderungen gesetzt werden können.

### 3.2 Relevante Dimensionen für Indikatoren

Das Engagement in bezahlter und unbezahlter Arbeit verändert sich stark über den Lebensverlauf bzw. durch die familiäre Situation. Dies gilt für Frauen und Männer gleichermaßen, ist aber bei Frauen durch die Übernahme von Reproduktionsaufgaben stärker ausgeprägt. Junge Männer und Frauen ohne Kinder weisen nicht zuletzt aufgrund des Aufholprozesses von Mädchen in der Bildung eine ähnliche Erwerbsbeteiligung auf. Die Betreuung von Kindern ist hingegen für Frauen weiterhin mit Erwerbseinschränkungen verbunden, sodass letztlich die Ähnlichkeit zwischen Männern und Frauen ohne Kinder größer scheint, als jene zwischen Frauen mit und ohne Kinder. Daher ist eine Unterscheidung zwischen Frauen und Männern nach Alter und familiärer Situation für diesen Themenbereich besonders wichtig.

Kommunalfaktoren spielen für die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit insofern eine Rolle, als Unterstützungsangebote für Kinderbetreuung oder Haushaltsdienstleistungen den Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit mindern können und damit Freiraum für bezahlte Arbeit schaffen.

Folgende Dimensionen erweisen sich für die Analyse der Beteiligung an bezahlter und unbezahlter Arbeit als wichtig:

- **Beteiligung an bezahlter Arbeit und Ursachen der Nicht-Erwerbstätigkeit:** Diese Dimension betrifft die Quantität bezahlter und unbezahlter Arbeit. Durch die Aufschlüsselung unterschiedlicher Formen der Nicht-Erwerbstätigkeit werden teilweise die Ursachen begründet, doch hier bestehen Lücken und zugleich die Gefahr, dass bei Verwendung unterschiedlicher Datenquellen Doppelzählungen entstehen (z. B. können KinderbetreuungsgeldbezieherInnen auch beschäftigt sein).

- **Art der Erwerbstätigkeit:** Dies zielt auf die Qualität der Beschäftigung, d. h. auf Beschäftigungsform, Beschäftigungsbranche, Beruf, Unternehmensgröße etc. Charakteristika der Arbeitsplätze von Frauen und Männern zeigen eine Segregation des Arbeitsmarktes, die selbst wiederum Ergebnis der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung sein kann.

- **Beteiligung an unbezahlter Arbeit:** Hier sollen unterschiedliche Formen unbezahlter Arbeit erhoben werden, wie Reproduktionsaufgaben Haushaltsarbeit, Betreuungsarbeit von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, sonstige Aktivitäten (Hausbau, Autopflege, Gartenarbeit), aber auch Sozial- und Vereinstätigkeit (Freiwillige Feuerwehr, Nachbarschaftshilfe, Krankenbetreuung etc.).

- **Unterstützungsangebote für unbezahlte Arbeit:** Sie sind insofern von Bedeutung als hier Kommunen eingreifen können, um das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu verändern. Beispielsweise führt das Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen oder PflegehelferInnen dazu, dass Betreuungsarbeit von unbezahlter zu bezahlter Arbeit wird.

### 3.3 Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung

Bezahlte Arbeit oder Erwerbsarbeit ist

# nting zur Genderanalyse

nicht zuletzt wegen ihrer ökonomischen Bedeutung wesentlich besser erfasst als unbezahlte Arbeit. Dafür liegen einerseits jährlich wiederholte Arbeitskräfteerhebungen im Rahmen der Mikrozensus-Befragungen durch die Statistik Austria als auch administrative Daten, wie den Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HV-Daten) oder das AMS (AMS-Daten) vor.<sup>6</sup> In den meisten Bereichen der Erwerbsstatistik ist eine getrennte Ausweisung von Frauen und Männern Standard. Allerdings sind in HV-Daten kaum persönliche Merkmale enthalten (z. B. Bildung oder Familienstand) und fehlen v. a. Angaben zur Arbeitszeit. Auch in den AMS-Daten sind familiäre Verhältnisse, insbesondere Kinderbetreuungsaufgaben, nicht enthalten.

Schon etwas schwieriger ist die Erfassung der Qualität der Erwerbsarbeit. Die vielfältigen Trennungslinien der „typisch weiblichen“ und „typisch männlichen“ Arbeitsbereiche sind schwer zu quantifizieren, stellen sie doch eine Kombination von unterschiedlichen Berufen, Branchen, Hierarchieebenen, Arbeitsautonomie, Einkommen etc. dar (vgl. Anker 1998; Heintz et al. 1997; Leitner 2001). Auch hier bieten bislang nur der Mikrozensus bzw. die Volkszählung<sup>7</sup> umfassende Informationen. Einkommensdaten sind hingegen in unterschiedlichen Datenbasen enthalten, liefern aber aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren - Befragungen durch Mikrozensus<sup>8</sup> und Europäisches Haushaltspanel (ECHP bzw. SILC)<sup>9</sup>, Lohnstrukturerhebung; administrative Daten durch Hauptverband der Sozialversicherungen oder Lohn- und Einkommenssteuerstatistik, Messgrößen (Brutto-/Nettoeinkommen, Individual-/Haushaltseinkommen) – sehr unterschiedliche Ergebnisse, so dass kaum ein eindeutiges Bild über die Einkommensunterschiede gezeigt werden kann.

Doch selbst bei den üblicherweise verwendeten Indikatoren der Erwerbstätigkeit bestehen geschlechtsspezifische Verzerrun-

gen, da sie der Lebenssituation von Frauen und Männern in unterschiedlicher Weise gerecht werden. So sind beispielsweise Erwerbsquoten dann genderneutral, wenn sich Frauen und Männer hinsichtlich des Ausmaßes der Beschäftigung und der Verteilung auf Arbeitslosigkeit, Karenzierung und Erwerbstätigkeit ähnlich sind. Durch die höhere Teilzeitbeschäftigung<sup>10</sup> und Nutzung von Familienkarenz wird der Anteil von Frauen an bezahlter Arbeit überschätzt und gleichzeitig durch ihren höheren Anteil an geringfügiger Beschäftigung unterschätzt. Berufsunterbrechungen können durch spezifische Erhebungen wie das MZ-Sonderprogramm zu Berufsunterbrechungen<sup>11</sup>, spezifische Befragungen wie z. B. den Family and Fertility Survey<sup>12</sup> oder administrative Längsschnittdaten, wie die Karrieredaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, erhoben werden.<sup>13</sup>

Deutlich größer sind die Datenlücken bei unbezahlter Arbeit. Hier beschränken sich die Daten auf Sondererhebungen für einzelne Bereiche z. B. im Rahmen der Mikrozensus-Sonderprogramme oder Einzelfallstudien (z. B. Pflege von Angehörigen im Rahmen der Studie von Badelt et al. (1997)). Dieses Puzzle aus unterschiedlichen Datenquellen liefert allerdings Verzerrungen durch Doppelzählungen oder ungenaue Angaben.<sup>14</sup> Eine Zeitbudgeterfassung könnte demgegenüber nicht nur ein vollständiges, sondern auch zuverlässigeres Abbild der Partizipation an unterschiedlichen Tätigkeiten liefern. Sie ist zwar in ihrer Erhebung und Verwertung recht aufwendig, bietet aber auch den Vorteil, dass daraus nicht nur die Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit ablesbar ist, sondern unterschiedliche Teilfragen wie z. B. Zeitaufwand für Arbeitswege, Verkehrsmittelwahl, Freizeitverhalten etc. analysiert werden könnten.

Die vierte Dimension des Themenbereichs stellt schließlich das Unterstützungsprogramm für unbezahlte Tätigkeit dar. Dazu

<sup>10</sup> Es bestehen unterschiedliche Definitionen von Teilzeit, die teils bis 34 Wochenstunden, teils bis 30 Wochenstunden reichen.

<sup>11</sup> Zuletzt im September 1990 durchgeführt.

<sup>12</sup> Der Family and Fertility Survey 1996 erfasste neben Österreich weitere 22 Länder und beinhaltet Themenfelder, die das unterschiedliche demographische Verhalten zwischen den Ländern (wie z. B. Erwerbsbeteiligung, Kinder- und Pflegebetreuungseinrichtungen etc.) begründen.

<sup>13</sup> Die administrativ gesammelten HV-Daten bieten den Vorteil, dass alle Beschäftigten kontinuierlich erfasst werden, erfordern aber komplexe Bearbeitungsschritte mit spezifischen Anforderungen an EDV-Kapazitäten und besonderem Wissen und weisen keine personenspezifischen Daten z. B. über Qualifikation oder Arbeitszeit auf. Darüber hinaus ist für das Datawarehouse des BMWA und AMS für beschäftigungspolitisches Monitoring, das aus Daten des AMS und des HV gespeist wird, ein erweiterter Zugang für ForscherInnen geplant. Derzeit verfügbare Daten, die allerdings noch keine Längsschnittdaten aufweisen, vgl. <http://www.dnet.at/bali/default.htm>.

<sup>14</sup> Beispielsweise wird in den MZ-Sonderprogrammen zu Haushaltsführung und Kinderbetreuung (3/1995 und 3/2002) nur danach gefragt, wie weit Hausarbeit bzw. Kinderbetreuung ganz allein, überwiegend allein, gemeinsam oder gar nicht gemacht wird.



zählen im administrativen Prozess erhobene Daten zu Kindertagesheimstätten, Gesundheitseinrichtungen oder auch Berufstatistiken zu Pflegeberufen etc. Angebote für Betreuungsdienstleistungen werden zwar kontinuierlich erhoben, aber nur wenig für die Frage nach der Umschichtung von bezahlter und unbezahlter Arbeit verwendet und bilden lediglich den offiziellen Bereich ab, während die Schattenwirtschaft unberücksichtigt bleibt.

Die Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensphasen bzw. familiärer Situationen, die für die Frage der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit relevant ist, kann nur teilweise – selbst für die Erwerbstätigkeit – erfasst werden. Individuelle Merkmale bleiben in den meisten Datenquellen auf Alter beschränkt. MZ-Daten können zwar grundsätzlich nach Familienstatus unterschieden werden, doch die Umstellung in der Erhebung führt mitunter dazu, dass zwar Informationen über die Haushaltsgröße und das Alter der jeweiligen Haushaltsmitglieder gegeben sind, aber nicht die Beziehungsstruktur und damit Angaben über Betreuungspflichten schwieriger werden.

Zusammenfassend sind die Defizite für eine geschlechtersensible Statistik für den Bereich bezahlte und unbezahlte Arbeit vor allem im ökonomisch weniger interessanten Bereich der unbezahlten Arbeit zu sehen. Hier fehlt es vielfach an allgemeinen Informationen; wenn jedoch Daten vorliegen, sind sie überwiegend nach Frauen und Männern getrennt. Auch im Erwerbsbereich ist eine Geschlechtertrennung durchaus üblich. Doch gerade das „traditionelle“ System von üblichen Indikatoren zur Beschreibung des Arbeitsmarktgeschehens führt zur Verzerrung einer geschlechtersensiblen Statistik, da für die Geschlechterunterschiede wichtige Fragestellungen wenig berücksichtigt sind bzw. Erwerbsindikatoren auf das männliche Erwerbsverhalten ausgerichtet sind.

## 4. Bildung

Bildung zählt ebenfalls zu den Bereichen, in denen die getrennte Ausweisung von Frauen und Männern bei den üblicherweise verwendeten Indikatoren zu den Standards zählt. Doch für zentrale Aspekte der Geschlechtergleichstellung bestehen weiterhin Lücken.

### 4.1 Problembeschreibung

Frauen haben von der Bildungsexpansion stärker profitiert als Männer und haben so hinsichtlich Bildungsabschlüsse deutlich aufgeholt. Doch trotz der Annäherung bei den Bildungsniveaus, die insbesondere bei den Bildungsabschlüssen im Tertiärbereich deutlich wird, bestehen „typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Bildungskarrieren weiter: Frauen konzentrieren sich auf Berufsausbildungen im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, auf kaufmännische, geistes- sowie sozialwissenschaftliche Fächer und wählen im mittleren Ausbildungsbereich eher schulische Ausbildungen. Männer dominieren nach wie vor in Handwerksberufen, technischen Fächern sowie Naturwissenschaften und stellen die Mehrheit bei Lehrausbildungen (vgl. z. B. Papouschek, Pastner, 1999).

Defizite im Ausbildungsniveau können damit nicht länger als zentrale Erklärung für Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben herangezogen werden. Andere Bildungsfaktoren, wie die geschlechtsspezifische Segregation, die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung oder die geschlechtsspezifische Sozialisation spielen hingegen weiterhin eine Rolle. Derartige Faktoren sind jedoch erheblich schwieriger quantitativ zu erfassen. Segregation bezieht sich sowohl auf den Bildungsbereich als auch auf die damit eng zusammenhängende Berufswahl und die berufliche Platzierung. Bezüglich Weiterbildung sind unterschiedliche Kategorien zu unterscheiden, wie Weiterbildungsveranstaltungen, die außerhalb



# nting zur Genderanalyse

der Betriebe wahrgenommen werden, on-the-job-training oder auch individuelle Weiterbildungsaktivitäten durch Medienutzung. Bei der Erhebung von Weiterbildungsaktivitäten im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung zeigen sich kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Partizipation. Weiterbildung erfolgt bei Männern allerdings häufiger innerhalb der Arbeitszeit und stärker im beruflichen Kontext. In den Schulen wurde zwar versucht, durch Veränderungen in den Lehrplänen (z. B. Öffnung von textilen und technischen Werken für beide Geschlechter) und Schulversuche (z. B. die Begrenzung der Koedukation für Mathematik oder Naturwissenschaften) Sozialisierungseffekte zu reduzieren, dieses bleibt aber schon allein aufgrund der Dominanz von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lehrfunktionen ein zentrales Problem.

Doch nicht in allen Bereichen geht es darum, Benachteiligungen von Mädchen zu beseitigen. Nachdem Frauen ihren Rückstand in vielen Bildungsbereichen aufgeholt haben und in manchen Bereichen die Männer sogar überholt haben, geben nun häufig die schwachen Leistungen der Buben in bestimmten Bereichen, wie Lesen, Anlass zur Besorgnis. Über alle unterschiedlichen Fachbereiche der Schulen hinweg zeigen 15-jährige Mädchen in Österreich eine deutlich bessere Lesekompetenz als gleichaltrige Jungen und sind Kompetenzvorteile von Buben in Mathematik oder Naturwissenschaften nicht (mehr) signifikant (OECD 2004). Solche Unterschiede zwischen Mädchen und Buben in den Kernkompetenzen haben in den letzten Jahren stark an Aufmerksamkeit gewonnen und wurden durch umfassende international vergleichbare Studien („PISA-Studie“ 2000 und 2003, TIMSS 1995) vorangetrieben. Damit werden unterschiedliche Sozialisierungserfahrungen von Frauen und Männern sichtbar, die sowohl die Interessen als auch die Kompetenzen prägen. Die OECD-Studie ist für die Erfassung und geschlechtsspezi-

fische Interpretation solcher Kompetenzindikatoren durchaus vorbildhaft und hat damit zur Verfügbarkeit international vergleichbarer Daten beigetragen. Österreich verfügt damit über Kernindikatoren geschlechtsspezifischer Kompetenzen von 15-Jährigen, die auch für Wien auswertbar sind. In anderen Bereichen, die ebenfalls von der OECD zur Erklärung geschlechtsspezifischer Unterschiede verwendet werden, gibt es hingegen keine Daten für Österreich. Dies betrifft insbesondere die Erträge aus Bildung gemessen am Einkommen (OECD 2003).

Aus den Forschungsergebnissen wissen wir, dass Bildung einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität ausübt: Sie fördert den Zugang zur Erwerbsarbeit, steigert die Produktivität von bezahlter und unbezahlter Arbeit, hat aber auch Einfluss auf Gesundheit, gesellschaftliche und politische Partizipation. Damit stellt sie einen wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Gleichstellung von Frauen und Männern dar. Bildungsunterschiede galten lange Zeit als die zentrale Ursache für die unterschiedlichen Erwerbchancen von Frauen und Männern, sowohl ihre Arbeitsmarktplatzierung und das damit einhergehende Einkommen als auch die Arbeitsteilung in der Familie und damit die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt betreffend. Durch die Bildungsexpansion haben Frauen gegenüber Männern in ihrem Bildungsverhalten aufgeholt. Doch die Unterschiede in den Erwerbs- und Einkommenschancen, wie auch in der Verantwortung der Frauen für Reproduktionsaufgaben, haben sich kaum verändert. Für eine geschlechtersensible Bildungsstatistik ist es daher notwendig, nicht nur die quantitative Partizipation von Frauen und Männern auf unterschiedlichen Ebenen und Bereichen des Erstausbildungssystems zu beleuchten, sondern auch die empirische Darstellung auf die Qualität sowie Ursachen und Folgen der geschlechtsspezifischen Erstausbildung zu richten. Damit sind u. a. unterschiedliche

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

berufliche Verwertungsmöglichkeiten bzw. Aufstiegschancen gemeint, aber auch die Partizipation an Weiterbildung.

Der Bildungssektor stellt aber auch einen wichtigen Beschäftigungsbereich dar, in dem Frauen zwar nicht unbedingt gleichberechtigten Zugang zu leitenden Positionen aufweisen, der aber im Hinblick auf Vereinbarkeit mit Familie ein attraktives und damit auch weiblich dominiertes Beschäftigungssegment ist. Seine geschlechtsspezifische Darstellung liefert darüber hinaus Anhaltspunkte über die geschlechtliche Rollenprägungen der Schülerinnen und Schüler.

## 4.2 Relevante Dimensionen für Indikatoren

Bei den relevanten Dimensionen für Bildungsindikatoren wird zwischen individueller Bildungsbeteiligung und dem Beschäftigungssegment „Bildung“ unterschieden. Der Vorschulsektor (Kindergärten) wird entsprechend der in Österreich meist üblichen Vorgangsweise nicht berücksichtigt – was in anderen Ländern teils gemacht wird. Bei der beruflichen Weiterbildung, die im Spannungsfeld von Familie und Beruf liegt, sollte wiederum nach Alter und familiärer Situation differenziert werden.

- Partizipation im Schul- und Hochschulsystem: Bildungsbeteiligung und Abschlüsse nach unterschiedlichen Schultypen und Fachrichtungen, erworbene Kompetenzen.
- Partizipation in der Weiterbildung nach unterschiedlichen Weiterbildungsformen (Seminare bzw. Kurse, individuelle Weiterbildung mittels Medien, im Beruf etc.) und beruflicher Einbindung (während der Arbeitszeit, bezahlt/unbezahlt etc.).
- Umsetzungsmöglichkeiten von Bildung in Erwerbstätigkeit: sollte sich grundsätzlich sowohl auf Aus- als auch auf Weiterbildung beziehen.
- Partizipation von Frauen und Männern im Beschäftigungssektor Bildung:

Berücksichtigung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualität der Beschäftigung, aber auch Sozialisationseffekte durch Lehrende.

## 4.3 Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung

Die Beteiligung im Schul- und Hochschulsystem ist weitgehend nach Frauen und Männern getrennt aufbereitet und basiert auf Daten des bm:bwk, wie Schulstatistik und Hochschulstatistik.<sup>15</sup> Informationen über Lehrberufe werden durch die Lehrlingsstatistik der Wirtschaftskammer bereitgestellt. Befragungsergebnisse spielen bisher eine untergeordnete Rolle, werden aber durch den Bedarf an internationaler Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Fähigkeiten bedeutsamer. Darüber hinaus liegen eine Menge von administrativ erhobenen Informationen der Schulen vor (wie z. B. Stammdaten der SchülerInnen), die aber nicht zentral gesammelt und ausgewertet werden. Öffentliche Ausgaben für Bildung sind durch die Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften nachvollziehbar, bleiben aber aufgrund von Abgrenzungsproblemen ungenau (z. B. welcher Teil von Gesundheitseinrichtungen ist dem Bildungs-, welcher dem Gesundheitssektor zuzurechnen).

Mit der Schul- und Hochschulstatistik lässt sich ein klares Bild über die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei Bildungsinhalten und Abschlüssen nachzeichnen. Die Datenlage erlaubt eine Analyse von Veränderungen im Zeitverlauf. Dabei auftretende Ungenauigkeiten bzw. Defizite betreffen Frauen und Männer gleichermaßen, so wird oft nicht auf Bildungsabschlüsse, sondern nur auf Bildungsteilnahmen abgestellt,<sup>16</sup> sind Problemgruppen wie z. B. SchülerInnen mit Migrationshintergrund und „niedriger“ sozialer Herkunft kaum identifizierbar und werden Drop-Out-Quoten nicht ausgewiesen. Aber auch die genauere inhaltliche Orientierung in Form

<sup>15</sup> Durch das Bildungsdokumentationsgesetz (2002) wurden neue Grundlagen für die Datenerfassung im Bildungsbereich geschaffen, so dass für die Zukunft eine Verbesserung der Datenlage erwartet werden kann.

<sup>16</sup> Es sind nur Informationen über Maturaabschluss und Hochschulabschluss bzw. Lehrabschluss vorhanden, aber keine Informationen über Pflichtschulabschluss bzw. Abschlüsse in BMS.

# nting zur Genderanalyse

von Wahlfächern (Zusatzqualifikationen wie EDV, Sprachen) oder das grundsätzlich für beide Geschlechter zugängliche technische und textile Werken ist nicht erfasst. Informationsmangel besteht auch bezüglich der Ressourcenverteilung nach unterschiedlichen Schultypen, die einen Indikator für die Budgetverteilung von typisch weiblichen und typisch männlichen Ausbildungsbereichen geben könnte.

Die Partizipation an Weiterbildungsmaßnahmen weist deutlich größere Defizite auf. Dies ist sowohl darauf zurückzu-

führen, dass Weiterbildung weniger zentral organisiert ist, als auch auf die Vielfalt unterschiedlicher Formen von Weiterbildung (Seminare oder Kurse, individuelles Lernen durch Medien oder im Betrieb etc.). Bildungsträger wie z. B. die Volkshochschulen liefern Informationen über die Nutzung von Kursen getrennt nach Frauen und Männern. Doch ein vollständiges Bild über Weiterbildungsaktivitäten kann nur über Befragungen erfolgen. In der jährlich durchgeführten Arbeitskräfteerhebung wird nach Weiterbildungsaktivitäten in den letzten vier Wochen gefragt. Darüber hinaus

**Tabelle 2: Übersicht Indikatoren „Bildung“**

	Dimension	Indikatoren	Datenquelle
Partizipation im Schul- und Hochschulsystem	Partizipationsquoten	Frauen- und Männeranteile nach Schultypen	SIS-Schulstatistik, Hochschulstatistik Lehrlingsstatistik WK
	Bildungsabschlüsse	Absolventinnen und Absolventen nach Schultypen	SIS-Schulstatistik, Hochschulstatistik Lehrlingsstatistik WK
	Segregation bei schulischen Fächern	Geschlechtsspezifische Partizipation in technischem/textilem Werken, Projekten, Wahlfächern	-
	Schulische Probleme	Wiederholungen Drop Outs Nachhilfestunden,	SIS Schulen – Stammdaten
	Schulische Leistungen	Reading, Mathematics, Science-Scores	PISA, TIMSS
	Ressourcenverteilung	Kosten nach unterschiedlichen Schultypen	Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften
Weiterbildung	Partizipation	Frauen- und Männeranteile nach unterschiedlichen Weiterbildungsformen	CVTS Arbeitskräfteerhebung MZ 2/02
Umsetzbarkeit im Erwerbsleben	Erwerbsbeteiligung	Arbeitsmarktstatus nach Qualifikation	MZ
	Erwerbsstatus	Stellung im Beruf, Berufliche Tätigkeit, Wirtschaftszweig nach Qualifikation	MZ
	Bildungsertrag	Einkommen nach Ausbildungsabschlüssen differenziert	ECHP
Beschäftigungssektor Bildung	Partizipation im Beschäftigungssektor Bildung	Berufsverteilung von Frauen und Männern nach unterschiedlichen Positionen und Fächerverteilung	UPIS
	Arbeitsbedingungen von LehrerInnen	Arbeitszeit Überstunden Einkommen Weiterbildung etc.	UPIS
	Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen	Bildungsangebote und Nutzung für geschlechtssensible Bildung	-

gab es unterschiedliche MZ-Sonderprogramme zu Weiterbildung und lebenslangem Lernen (zuletzt 2003). Für den europäischen Vergleich ist das CVTS (Europäische Erhebung über berufliche Weiterbildung), das als Unternehmensbefragung durchgeführt wird, wichtig. Da lebenslanges Lernen auch auf europäischer Ebene eine immer wichtigere Rolle spielt, ist zu erwarten, dass sich die Datenlage zusehends bessern wird, z. B. dass es regelmäßig Mikrozensus-Sonderprogramme zum lebenslangen Lernen geben wird.

Die Umsetzungsmöglichkeiten von Bildung können durch die Differenzierung der Berufspositionen nach Bildungsabschlüssen als Näherungswert analysiert werden. Die Datenquelle dafür bildet der MZ, die Arbeitskräfteerhebung bzw. die Volkszählung.<sup>17</sup> Die Erträge aus Bildung, gemessen am Einkommen, können aus Einkommensdaten, die Qualifikationen beinhalten, ermittelt werden (wie z. B. ECHP bzw. EU-SILC). Die Analyse bleibt aber auf grobe Kategorien von Ausbildungsabschlüssen begrenzt, d. h. es werden weder fachliche Differenzierungen noch Weiterbildungen erfasst.

Für den Beschäftigungssektor Bildung können entweder allgemeine Arbeitsmarktstatistiken des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger oder des Mikrozensus, oder aber die genauer differenzierten Daten des Unterrichts-, Personal- und Informationssystems des bm:bwk (UPIS) verwendet werden. Letztere erlauben auch eine Differenzierung zwischen Frauen und Männern nach unterschiedlichen Positionen und Fächern. Sie enthalten unterschiedliche Angaben über die Tätigkeiten der LehrerInnen, allerdings nur soweit dies von administrativem d. h. primär finanziellem Interesse ist. Weitere Informationen über die Arbeitsbedingungen von LehrerInnen, wie z. B. Arbeitszeit oder Weiterbildung, fehlen.

<sup>17</sup> HV-Daten beinhalten zwar detaillierte Informationen zum Einkommen, allerdings stehen keine Informationen zum Bildungsstand zur Verfügung.

<sup>18</sup> Im Zentrum stehen dabei soziale Benachteiligungen im Alltag, die infolge einer Schädigung ("impairment") oder Beeinträchtigung ("disability") erfahren werden, d. h. orientiert sich am Begriff "handicap" laut der Klassifizierung der WHO (vgl. Integration:Österreich 2003: 22ff.)

## 5. Behinderung

Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht die Lebens- und Arbeitssituation von Personen mit Behinderung<sup>18</sup>, d. h. deren soziale Integration, Problemlagen und mögliche Ansätze für Interventionen. Der gesamte Bereich „Krankheit/Gesundheit“ bleibt dabei ausgegrenzt. Behinderung wird in Anlehnung an die „Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit und Behinderung“ (WHO) definiert als komplexe Beziehung zwischen der körperlichen, geistigen und seelischen Verfassung einer Person und den Faktoren der physikalischen und sozialen Umwelt im Sinne einer dynamischen Wechselwirkung (vgl. Niehaus 2002: 175). Eine international einheitliche Operationalisierung, die ein Abschätzen der Größenordnung der von Behinderung betroffenen Menschen erlaubt, liegt derzeit nicht vor, es wird national wie international auf unterschiedliche Definitionen und Erhebungen zurückgegriffen.

### 5.1 Problembeschreibung

In Österreich zählt das Behindertenrecht zu den so genannten Querschnittsmaterien, d. h. zahlreiche Gesetze beinhalten Rechtsnormen, die sich auf Behinderte beziehen. Es gibt keinen einheitlichen Behindertenbegriff und daher ist es auch schwer, das Ausmaß der Betroffenheit von Behinderung abzuschätzen.

Bei Schätzungen über das Ausmaß der Betroffenheit wird entweder auf Primärerhebungen abgestellt, d. h. es wird nach dem Vorliegen von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen gefragt, oder aber auf die Erfassung nach dem Behinderteneinstellungsgesetz. Im ersten Fall erfolgt die Zuordnung auf Basis der Selbsteinschätzung des/der Befragten und muss damit nicht medizinischen Kategorien entsprechen. Im Rahmen von zwei Mikrozensus-Sonderprogrammen (1995 und 2002) wurde nach körperlichen Beeinträchtigungen ge-

# nting zur Genderanalyse

fragt, wobei hier auf die Selbsteinschätzung der Befragten abgestellt wird. Diese Einschätzung muss sich nicht mit einem „amtlichen Behindertenbegriff“ decken, wie er z. B. im Behinderteneinstellungsgesetz verwendet wird. Eine nochmals andere Definition bezieht sich auf Daten der Sozialversicherung und stellt auf den Bezug von Pflegegeld oder Invaliditätspension ab.<sup>19</sup> Je nach verwendeter Datengrundlage weichen die Angaben zum Ausmaß der Betroffenheit von Behinderung voneinander ab.

Studien zur Betroffenheit von Behinderung zeigen zum einen, dass Frauen aufgrund der höheren Lebenserwartung häufiger Behinderungen aufweisen. So sind beispielsweise von den PflegegeldbezieherInnen zwei Drittel weiblich, bei einer altersspezifischen Differenzierung besteht jedoch ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Gleichzeitig sind Frauen entsprechend der traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern primär die Pflegenden, sowohl im privaten Bereich<sup>20</sup> als auch im Beschäftigungssegment der Pflegeberufe.<sup>21</sup>

Ein weiteres häufig diskutiertes Thema ist die Beschäftigungssituation von Menschen

mit Behinderung – insbesondere im Jahr der Menschen mit Behinderung (2003) wurde dieses Thema stark in den Vordergrund gerückt. Allerdings fehlen in Daten, die üblicherweise zur Analyse der Beschäftigungssituation verwendet werden, wie z. B. Arbeitslosenstatistik des AMS, Arbeitskräfteerhebung etc., Angaben zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Für die Arbeitskräfteerhebung 2002 wurde auf Betreiben der Europäischen Kommission ein ad-hoc-Modul zur Beschäftigungssituation von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen durchgeführt. Dies stellt den aktuellsten Datensatz zur Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung dar.

Die Analyse der Erwerbsquoten von Menschen mit und ohne gesundheitliche Beeinträchtigung zeigt, dass gesundheitlich beeinträchtigte Personen eine geringere Erwerbsbeteiligung aufweisen als Nicht-Beeinträchtigte, wobei allerdings die Differenz bei Männern größer ist als bei Frauen. Beeinträchtigte Frauen sind nur in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen deutlich geringer in den Arbeitsmarkt integriert als Frauen ohne Beeinträchtigung.

<sup>19</sup> Im Dezember 2000 bezogen 325.364 Personen Pflegegeld. Im Dezember 2001 bezogen 381.228 Personen eine Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitspension (vgl. BMSG 2003).

<sup>20</sup> Die Studie von Badelt et al. (1993) zeigt, dass 80 % der Pflegepersonen Frauen sind – Männer beteiligen sich erst dann an Pflege, wenn sie älter als 60 Jahre sind (d. h. nach der Erwerbsphase) – in 52 % aller Fälle werden Eltern/Schwiegereltern gepflegt, in 28 % der Fälle der/die PartnerIn.

<sup>21</sup> Vgl. z. B. Leitner 2001.

**Tabelle 3: Erwerbsquote<sup>1)</sup> von gesundheitlich beeinträchtigten und nicht-beeinträchtigten Personen in %**

Altersgruppen in Jahren	Zusammen			Beeinträchtigte			Nicht-Beeinträchtigte		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
15–19	36,9	41,8	31,9	36,1	41,4	25,9	37,0	41,8	32,1
20–24	69,4	71,6	67,1	63,3	61,4	65,5	69,6	72,1	67,1
25–29	85,6	90,6	80,8	74,9	72,2	78,4	86,1	91,5	80,9
30–34	87,8	95,3	80,2	74,4	83,1	60,8	88,5	96,1	81,0
35–39	89,2	96,7	81,6	75,3	78,4	70,4	90,1	98,2	82,1
40–44	89,4	96,6	81,9	73,1	75,4	70,4	90,8	98,6	82,9
45–49	86,0	94,1	77,9	65,0	71,6	57,5	88,6	97,1	80,2
50–54	79,1	88,3	69,9	61,6	63,9	58,3	82,7	94,4	71,9
55–59	50,4	69,1	32,5	33,3	46,3	17,7	54,9	76,0	35,8
60–64	12,7	17,8	8,0	9,2	12,7	5,8	13,6	19,1	8,5
<b>Zusammen</b>	<b>71,4</b>	<b>79,0</b>	<b>63,7</b>	<b>50,7</b>	<b>57,0</b>	<b>42,9</b>	<b>73,5</b>	<b>81,6</b>	<b>65,6</b>

<sup>1)</sup> Erwerbsquote nach Labour-Force-Konzept; ohne Personen in Anstalten oder Gemeinschaftsunterkünften.  
Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus 2002.



Im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung verfügen Menschen mit Behinderung – und hier Frauen stärker als Männer – über geringere berufliche Qualifikationen und sind vermehrt in Niedriglohnbranchen tätig, wodurch ihr durchschnittliches Erwerbseinkommen geringer ist. Entsprechend niedriger fallen auch einkommensabhängige Transferzahlungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pension) aus. Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind darüber hinaus stärker auf Teilzeitjobs angewiesen, was sich als Hürde auf dem Weg in den Arbeitsmarkt darstellt. Probleme in dieser Richtung werden von nicht-erwerbstätigen Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ebenso häufig genannt wie Einschränkungen aufgrund der Art der Tätigkeit oder des Arbeitsweges.

Die Teilhabechancen am Arbeitsmarkt hängen stark vom Qualifikationsniveau der Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ab, wobei beeinträchtigte Frauen aufgrund ihres niedrigeren Bildungsstandes zusätzliche Benachteiligungen erfahren. Sie sind nicht nur seltener in das Erwerbsleben integriert, sondern bleiben auch verstärkt auf unqualifizierte und schlecht bezahlte Tätigkeiten angewiesen. Dazu kommen noch Vorbehalte von potentiellen ArbeitgeberInnen gegenüber Behinderten, die dazu führen, dass betroffene Frauen vom Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben (z. B. „bringen das soziale Gefüge durcheinander, sind öfter krank“; vgl. Götzinger et al. 2004).

Aufgrund dieser geringeren Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen ist es auch schwieriger, Frauen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch arbeitsmarkt- oder sozialpolitische Maßnahmen zu erreichen.<sup>22</sup> Geförderte oder begünstigte Beschäftigung ist eher bei Männern zu finden, auch Umschulungen werden von Männern häufiger in Anspruch genommen. Doch nicht nur das Geschlecht, auch das

Alter spielt eine zentrale Rolle beim Zugang zu Maßnahmen: je jünger, desto größer die Chance auf einen geförderten bzw. begünstigten Arbeitsplatz. Aufgrund des niedrigen Einkommensniveaus sind die Einkommensersatzleistungen für Frauen niedriger als für Männer. Die durchschnittliche Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitspension von Frauen liegt deutlich niedriger als jene von Männern (EUR 489,- versus EUR 908,-, Dezember 2001). Weiters hat sich im Zusammenhang mit der Behindertenmilliarde herausgestellt, dass es schwierig ist, die Zielsetzung zu erreichen, 46 % der Mittel für Frauen auszugeben.

Niehaus (2002: 180) hält noch fest, dass „für Österreich keine genderspezifischen Studien zur Lebenslage von Frauen mit Behinderung vorliegen.“ Dem wurde erstmals mit dem Bericht des BMSG über die Lage behinderter Menschen begegnet, der ein Kapitel „Frauen mit Behinderung“ enthält. Diese Analyse weist einen starken Erwerbsbezug auf und betont, dass Frauen mit Behinderung mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Ursachen dafür sind geringere Qualifikation im Vergleich zu Männern mit Behinderung, schlechtere Berufseinstiegschancen, die Konzentration auf traditionelle Berufsfelder mit geringen Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die ungleiche Verteilung der familiären Versorgungsaufgaben (vgl. BMSG 2003).

Ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit dem Thema Behinderung ist der Bedarf an institutionellen Betreuungseinrichtungen sowie die (potentielle) Inanspruchnahme. Dabei geht es nicht nur darum, das Ausmaß an benötigten Betreuungsplätzen abschätzen zu können, sondern auch um die bedürfnisgerechte Ausgestaltung von Angeboten. Frauen sind zum einen aufgrund ihres höheren Alters häufiger auf Pflege angewiesen, übernehmen aber gleichzeitig im Bedarfsfall primär die Pfl-

<sup>22</sup> Wie z. B. die Ergebnisse der Evaluierung der Behindertenmilliarde (2001-2002) zeigen: Der Frauenanteil unter den rund 25.000 Förderungen betrug ca. 40 %, der Großteil der Geförderten war zwischen 25 und 45 Jahre alt und der Schwerpunkt lag auf Arbeitsplatzsicherung bzw. (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt (vgl. Horak et al. 2003).



# nting zur Genderanalyse

ge von Familienangehörigen. Hier geht es um die Abstimmung unterschiedlicher Angebote (ambulante Betreuung, Angebot an Pflegedienstleistungen in Haushalten, Bereitstellung von behindertengerechten Wohnungen und institutionellen Betreuungsplätzen etc.). Mit diesen Angeboten werden sowohl Frauen, die unbezahlte Betreuungsarbeit leisten, unterstützt, als auch typisch weibliche Arbeitsplätze geschaffen.

## 5.2 Relevante Dimensionen für Indikatoren

Aufgrund der beschriebenen Problemlage und der unterschiedlichen Betroffenheit von Frauen und Männern sind insbesondere drei Themenkomplexe für eine gendersensible Analyse zum Thema Behinderung interessant:

- **Betroffenheit:** Zentral ist die Frage, wie viele Personen sind von Behinderung oder einer anderen Form der gesundheitlichen Beeinträchtigung betroffen? Behinderung oder gesundheitliche Beeinträchtigung wird dabei verstanden als lange andauernde gesundheitliche Beeinträchtigung, mit der eine Einschränkung im Alltag verbunden ist.
- **Partizipation:** In diesem Zusammenhang interessieren Schulbesuch, die Erwerbsbeteiligung bzw. Arbeitslosigkeit sowie die Teilnahme an geförderter Beschäftigung oder anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.
- **Pflege und Betreuung:** In diesem Kontext wird sowohl auf den individuellen Bedarf an Pflege als auch auf die Pflegedienstleistung abgestellt. D. h. es geht zum einen darum aufzuzeigen, wer in welchem Ausmaß und wofür Unterstützung benötigt, zum anderen aber darum, wer diese Pflegeleistungen erbringt.

## 5.3 Status Quo und Ansatzpunkte für Weiterentwicklung

Die Datenlage zum Thema ist v. a. dadurch gekennzeichnet, dass die vorhandenen Informationen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen verstreut sind und sich Grundgesamtheit, Definitionen und Aussagekraft jeweils stark voneinander unterscheiden.

Bei den Mikrozensus-Sonderprogrammen zum Thema Behinderung/gesundheitliche Beeinträchtigung handelt es sich noch um jene Datengrundlage, die am ehesten Aussagen über die Betroffenheit erlaubt.<sup>23</sup> Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es sich beim Mikrozensus um eine Haushaltsbefragung handelt. Dadurch bleiben so genannte „Anstaltspersonen“ ausgeklammert, d. h. Personen in institutioneller Betreuung werden nicht einbezogen. Auch finden solche Mikrozensus-Sonderprogramme nur in unregelmäßigen Abständen statt und konzentrieren sich auf körperliche Beeinträchtigungen, d. h. geistige und psychische Beeinträchtigungen werden nicht erfasst.

Die andere Datenquelle, auf deren Basis versucht wird, das Ausmaß der Betroffenheit abzuschätzen, stellen Daten der Sozialversicherungsträger dar. Die Grundgesamtheit ist dabei definiert als alle Personen, die Invaliden-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitspension beziehen, d. h. orientiert sich an medizinischen Faktoren und nicht an einer Einschränkung im Alltag aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung. Auch hierbei handelt es sich um einen selektiven Behindertenbegriff, da 13 % der Behinderten angeben, sie haben bewusst nicht um einen Status „begünstigte/r Behinderte/r“ angesucht, vermutlich wegen befürchteter Nachteile (vgl. Klapfer 2003: 282f).

Noch schwieriger als das Ausmaß der Betroffenheit ist die Partizipation von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigun-

<sup>23</sup> Im Rahmen von Mikrozensus-Sonderprogrammen wurde wiederholt (1995, 2002) eine Erhebung über körperliche Beeinträchtigungen durchgeführt, bei welcher Beeinträchtigungsformen im Bereich des Seh-, des Hör- und des Bewegungsvermögens sowie weitere chronische Krankheiten erfasst wurden. Personen, deren Sehvermögen – gemäß eigener Einschätzung – dank Brille, Kontaktlinsen oder Implantat wieder jenem von Personen mit intaktem Sehvermögen entsprach, wurden im Weiteren nicht als beeinträchtigt angesehen (sofern sie keine weiteren chronischen Beeinträchtigungen aufwiesen). D. h. die Definition laut Mikrozensus basiert auf einer Selbsteinschätzung der Befragten, ob ihre gesundheitliche Beeinträchtigung mit Einschränkungen im täglichen Leben verbunden ist. Langandauernd ist definiert als mindestens 6 Monate.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Tabelle 4: Übersicht Indikatoren „Behinderung“

	Dimension	Indikatoren	Datenquelle
Betroffenheit	Betroffenheit	Anteil Personen mit lange andauernden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, mit denen eine Einschränkung im Alltag verbunden ist.	MZ-Sonderprogramme 6/95 und 6/02
		Laufendes Monitoring über beitragsfinanzierte Leistungen (Berufsunfähigkeits-, Invaliditäts- und Erwerbsunfähigkeitspension)	HV PVAng (Berufsunfähigkeit) Gew. SV (Erwerbsunfähigkeit)
Partizipation	Schulbesuch	Anteil SchülerInnen m.s.B. nach Schulart, Geschlecht und Bundesland	Schulstatistisches Informationssystem
	Erwerbsbeteiligung	Ausmaß der Erwerbsintegration (Erwerbsquote)	MZ-Sonderprogramme
		Erwerbsintegration begünstigter Behinderter	Informationen des BMSG (begünstigte Behinderte)
		Form der Erwerbsintegration (Arbeitszeit, Arbeitsvertrag)	MZ Sonderprogramme 6/95 und 6/02
	Teilnahme an geförderter Beschäftigung	Arbeitslosenquote bzw. Arbeitssuche	AMS
		TeilnehmerInnen an integrativen Betrieben (früher geschützte Werkstätten, Arbeitsassistenten), arbeitsmarktpolitischen MN des AMS (Arbeits-training, SÖB, GBP . . . )	BMSG - BSB AMS
Pflege/Betreuung	gepflegte/betreute Personen im Haushalt		MZ-Sonderprogramm 9/02 (Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege)
	Pflegepersonal/betreuende Personen im Haushalt	Innerfamiliäre Betreuungsarbeit	MZ-Sonderprogramm 9/02 (Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege)
	Angebot/Nutzung v. Pflegedienstleistungen stationär	Angebote der Stadt Wien (Hospize, Pflege- und Geriatriezentren, private Pflegeheime)	KAV (Anzahl der Plätze, Anzahl der belegten Plätze, PatientInnen nach Geschlecht, Alter u. Art der Behinderung)
		Angebote der Stadt Wien (Hauskrankenpflege, Soziale Dienste)	Fonds soziales Wien (Nutzung nach Geschlecht, Alter und Art der Behinderung)
	Familienhospizkarenz	Inanspruchnahme, Höhe der Ersatzleistung, Verwandtschaftsverhältnis zur gepflegten Person	BMWA

<sup>24</sup> Begünstigte Behinderte sind ÖsterreicherInnen oder EWR-StaatsbürgerInnen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 %. Der Grad der Behinderung wird durch Bescheid des Bundessozialamtes festgestellt. Begünstigte Behinderte genießen einen erhöhten Kündigungsschutz und die Beschäftigung von begünstigten Behinderten können Unternehmen auf die Ausgleichstaxe anrechnen. Alle ArbeitgeberInnen, die im Bundesgebiet 25 oder mehr DienstnehmerInnen beschäftigen, sind verpflichtet, auf je 25 DienstnehmerInnen min-

gen am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Leben festzustellen. Dies deshalb, da keine Informationen über die Grundgesamtheit der insgesamt betroffenen Personen und gleichzeitig nur unzureichende Informationen über gesundheitliche Beeinträchtigungen vorliegen. Betrachtet man zunächst den Schulbesuch, so kann zwar aus dem Schulstatistischen Informationssystem (SIS) der Anteil der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Betreuungsbedarf pro Schulstufe ermittelt werden, doch umfasst diese Kategorie neben behinderten und sonstig gesundheitlich beeinträchtigten SchülerInnen auch verhaltens-

originelle Kinder und Jugendliche sowie SchülerInnen mit Migrationshintergrund.

Die Analyse der Erwerbsbeteiligung von Personen mit Behinderung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung erfolgt entweder auf Basis der beschriebenen Mikrozensus-Sonderprogramme, AMS-Daten oder auf Grundlage der Informationen des BMSG über so genannte „begünstigte Behinderte“ <sup>24</sup>. Auch in den Daten des AMS sind Informationen über gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Behindertenstatus enthalten. In allen drei Fällen handelt es sich um verzerrte Abbildungen der Grundge-

# nting zur Genderanalyse

samtheit: Im Mikrozensus werden – wie bereits erwähnt – nur Haushalte befragt und das Schwergewicht liegt auf körperlichen Beeinträchtigungen. In der Arbeitslosenstatistik sind Informationen über gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Behindertenstatus der registrierten Arbeitslosen enthalten, d. h. Personen ohne Leistungsbezug, insbesondere Frauen, sind tendenziell unterrepräsentiert.

Auch unter den begünstigten Behinderten sind Frauen unterrepräsentiert: 2003 waren laut Angaben des BMSG 86.808 begünstigte Behinderte registriert, davon sind 38 % Frauen. Der Frauenanteil unter den begünstigten Behinderten ist in den letzten 20 Jahren deutlich angestiegen: 1980 waren insgesamt 45.536 begünstigte Behinderte registriert, davon 11 % Frauen, 1990 betrug der Frauenanteil bereits 30 % und seit 2000 liegt dieser bei 37 % bzw. 38 %. Frauen sind bzw. waren aufgrund ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung unter den begünstigten Behinderten unterrepräsentiert. Dazu kommt noch, dass – wie bereits erwähnt – rund ein Achtel aller Betroffenen angibt, bewusst keinen entsprechenden Bescheid beantragt zu haben (vgl. Klapfer 2003: 282f).

Wird auf die Teilnahme an Reintegrationsmaßnahmen für behinderte oder gesundheitlich beeinträchtigte Personen abgestellt, so basiert die Analyse primär auf dem Monitoring der jeweiligen Maßnahme oder auf im Rahmen von Evaluierungen durchgeführten Primärerhebungen (z. B. TeilnehmerInnen-Befragungen). Hier fehlt es jedoch an Informationen über die Grundgesamtheit (der potentiell für eine Teilnahme in Frage kommenden Personen), die es beispielsweise ermöglichen würde, den Anteil der Geförderten an der jeweiligen Population zu ermitteln.

Besonders schwierig gestaltet sich die Datenbeschaffung für den Bereich der Pflege und Betreuung. Auf der einen Seite fehlt es an Informationen darüber, wer betreut

wird, von wem, in welcher Form und wobei Hilfe bzw. Unterstützung benötigt wird. Informationen liegen noch am ehesten für ausgelagerte Betreuungsdienstleistungen vor, d. h. wenn die Betreuung oder Pflege von „Fachpersonal“ und nicht innerhalb der Familie erfolgt. Innerfamiliäre Betreuungsarbeit wurde im Rahmen eines Mikrozensus-Sonderprogramms „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“<sup>25</sup> (2002) erhoben, wobei hier der Zusammenhang zu Erwerbstätigkeit im Vordergrund stand, v. a. die Frage, inwieweit Betreuungsarbeit innerhalb der Familie einer Erwerbstätigkeit von Frauen entgegensteht.<sup>26</sup>

Administrative Informationen über innerfamiliäre Betreuungsarbeit liegen nur im Zusammenhang mit der Familienhospizkarenz<sup>27</sup> vor und in eingeschränktem Maß im Hinblick auf das Pflegegeld. Im letzteren Fall liegen keine Informationen darüber vor, wer die Pflegeleistung erbringt. Bei der Familienhospizkarenz gibt es Informationen über die pflegende Person und deren Verwandtschaftsverhältnis zur pflegebedürftigen Person. Allerdings nur in jenen Fällen, in denen eine Einkommensersatzleistung bezahlt wird.

Eine wichtige Dimension im Zusammenhang mit Behinderung ist das Angebot und die Inanspruchnahme von Betreuungsdienstleistungen der Stadt Wien. Dabei ist auf der einen Seite auf die geschlechtsspezifische Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen hinzuweisen, wie auch die damit verbundene Beschäftigungswirkung. Männer sind aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur seltener in institutioneller Pflege und auch aufgrund der Tatsache, dass zunächst Pflegedienstleistungen innerhalb der Familie übernommen werden, primär von der Ehefrau, aber auch von (Schwieger)Töchtern (vgl. BMSG, Statistik Austria 2003). Auf der anderen Seite stellen Pflegeberufe ein wachsendes Beschäftigungssegment für Frauen dar, das sich in einen privaten und öffentlichen Bereich

destens eine/n begünstigte/n Behinderte/n einzustellen. Bestimmte Behinderte (z. B. Blinde, Behinderte vor Vollendung des 19. Lebensjahres und nach Vollendung des 55. Lebensjahres) werden doppelt auf die Pflichtzahl angerechnet. Wird diese Beschäftigungspflicht nicht erfüllt, ist für jeden begünstigten Behinderten, der zu beschäftigen wäre, eine so genannte Ausgleichstaxe in Höhe von EUR 198,- monatlich (2004) zu entrichten. [http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/8/1/3/CH0356/CMS1078922496642/beschaeftigung\\_und\\_behinderung;\\_sozialentschaedigungen.pdf](http://www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/8/1/3/CH0356/CMS1078922496642/beschaeftigung_und_behinderung;_sozialentschaedigungen.pdf).

<sup>25</sup> Vgl. BMSG, Statistik Austria 2003.

<sup>26</sup> Eine solche Frage soll in die Arbeitskräfteerhebung 2005 aufgenommen werden, um das zusätzliche Beschäftigungspotential bei einer Ausweitung des institutionellen Betreuungsangebots ermitteln zu können.

<sup>27</sup> Durch die Einführung der Familienhospizkarenz erhalten ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre sterbenden Angehörigen oder ihre schwerst erkrankten Kinder für eine gewisse Dauer zu begleiten. Sie können dazu ihre Arbeitszeit ändern oder ihr Arbeitsverhältnis karenzieren lassen. Während dieser Zeit sind die Arbeitnehmer/innen in der Kranken- und Pensionsversicherung aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung abgesichert. Personen, die eine Karenz zum Zwecke der Sterbebegleitung bzw. der Begleitung eines schwerst erkrankten Kindes in Anspruch nehmen, können in besonderen Härtefällen eine Zuwendung aus dem Familienhospizkarenz-Härteausgleich erhalten.

aufspaltet, die jeweils andere Beschäftigungsbedingungen aufweisen (vgl. Finder, Blaschke 1999). Informationen zur geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme von Leistungen – nicht nur im Zusammenhang mit Freizeit – sind auch für die Entwicklung eines Gender-Budgetings unabdingbare Voraussetzung.

In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Datenlage insofern als problematisch dar, als Pflegedienstleistungen in privat geführten Institutionen wie auch im Familienverband erbrachte Pflegedienstleistungen nur unzureichend erfasst sind und gleichzeitig – abgesehen vom Mikrozensus-Sonderprogramm – keine Informationen über die Auswirkungen der Pflege auf Erwerbstätigkeit und andere Lebensbereiche vorliegen. Damit ist eine laufende Analyse des Angebots und der Inanspruchnahme nicht möglich.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass es eine Reihe von Informationen zur Situation von Menschen mit Behinderung oder gesundheitlicher Beeinträchtigung in Österreich gibt, die allerdings jeweils auf einen anderen Behindertenbegriff abstellen und sich somit auf abweichende Grundgesamtheiten beziehen. Dies ist die Folge eines uneinheitlichen Behindertenbegriffs und der Kompetenzaufspaltung zwischen unterschiedlichen Einrichtungen.

Zentrale Voraussetzung für umfassende Analysen der Situation von Menschen mit Behinderung ist die Verankerung des Themas als Querschnittsmaterie in unterschiedlichen Datenquellen. Andernfalls wird man auf anlassbezogene Einzelfallstudien, die teuer und mit Anforderungen im Hinblick auf die abzudeckenden Themenstellungen überladen sind, angewiesen bleiben.

## 6. Anmerkungen zur Präsentation von Gender-Statistiken

Die Aufbereitung von Datengrundlagen für Frauen und Männer ist bloß der erste Schritt einer Genderanalyse. Diese Aufbereitung der Daten resultiert meist in einer einfachen tabellarischen Ausweisung der Größen für Männer und Frauen. Um das Geschlechterverhältnis abzubilden, ist eine gezielte Gegenüberstellung der Situation von Frauen und Männern notwendig. Dies kann einerseits durch eine geeignete grafische Aufbereitung der Daten und andererseits durch die Berechnung und Entwicklung von gendersensiblen Indikatoren und Gender Gaps erfolgen. Die Aussagekraft geschlechtsspezifischer Darstellungen und Indikatoren kann schließlich beträchtlich erhöht werden, wenn sie in Verbindung bzw. Zusammenhang mit anderen inhaltlichen Bereichen gebracht werden (z. B. auch mit Gender-Budgeting). Dies kann wiederum grafisch oder durch die Bildung von Indices aus verschiedenen Indikatoren geschehen. In diesem Fall kann wirklich von einer Genderanalyse gesprochen werden, insbesondere dann, wenn bereits auf Individualdatenbasis die entsprechenden Informationen verknüpft und statistisch analysiert und dargestellt werden. Somit lassen sich für die Darstellung der Daten vier Schritte vom Sex-Counting zur Genderanalyse bestimmen:

1. Erfassung und tabellarische Darstellung von Daten getrennt nach Geschlecht (Sex-Counting).
2. Gezielte Gegenüberstellung der Daten für Frauen und Männer durch Indikatorenbildung und grafische Darstellungen.
3. Zusammenführung und simultane Betrachtung von Statistiken und Indikatoren aus verschiedenen inhaltlichen Bereichen.
4. Genderanalysen auf Basis von integrierten Individualdaten (Verknüpfung von Datenbasen oder eigene Primärerhebungen).

Darüber hinaus wird aus diesen vier

# nting zur Genderanalyse

Schritten auch klar, dass die Aufbereitung und Thematisierung der Daten sich ändern. Während das Sex-Counting in statistischen Berichten üblicherweise „en passant“ nebenher läuft (d. h. eigene Tabellenspalten für Männer und Frauen), erfordern die Schritte hin zur Genderanalyse eine zunehmend stärkere und eigenständige Thematisierung des Genderaspektes, und zwar in eigenen (Unter)kapiteln von statistischen Berichten. In den folgenden Abschnitten werden die ersten drei Schritte anhand eines Beispiels kurz thematisiert. Der vierte Schritt basiert auf den in den ersten drei Schritten formulierten Grundsätzen und erfordert zusätzliche Ergebnisse aus den Analysen mit umfassenden Individualdaten.

## 6.1 Geschlechtergetrennte Erfassung und tabellarische Darstellung von Daten

Wurden die Daten getrennt nach Geschlecht erfasst, dann ist die einfachste Form einer gendersensiblen Statistik durch die tabellarische Ausweisung der Größen für Frauen und Männer gegeben. Die nachfolgende Tabelle zeigt ein einfaches Beispiel für die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten, Arbeitslosen und der Arbeitslosenquote. Neben der Ent-

wicklung insgesamt sind hier jeweils auch die Werte für die Männer und Frauen ausgewiesen. Um Geschlechterunterschiede in der Entwicklung beispielsweise der Arbeitslosenquote ausmachen zu können, muss die Tabelle relativ genau gelesen werden. Auf einen Blick sind Entwicklungsunterschiede in der Arbeitslosenquote jedenfalls nicht erfassbar. Für eine konkrete Thematisierung der Entwicklung der geschlechterspezifischen Arbeitslosenquoten ist eine grafische Gegenüberstellung wesentlich geeigneter.

## 6.2 Grafische Gegenüberstellung und Indikatorenbildung

Die folgenden Grafiken zeigen die gesamte Information der obigen Tabelle jeweils wesentlich einfacher und gleichzeitig deutlicher – die Geschlechterunterschiede werden offensichtlich.

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes (Labour Force = Beschäftigte + Arbeitslose) ist getrennt nach Geschlecht in Abbildung 2 dargestellt. Daraus ist unmittelbar erkennbar, dass die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes hauptsächlich durch den Anstieg in der Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen ist.

**Tabelle 5: Arbeitslose, Beschäftigte und Arbeitslosenquote 1995–2004**

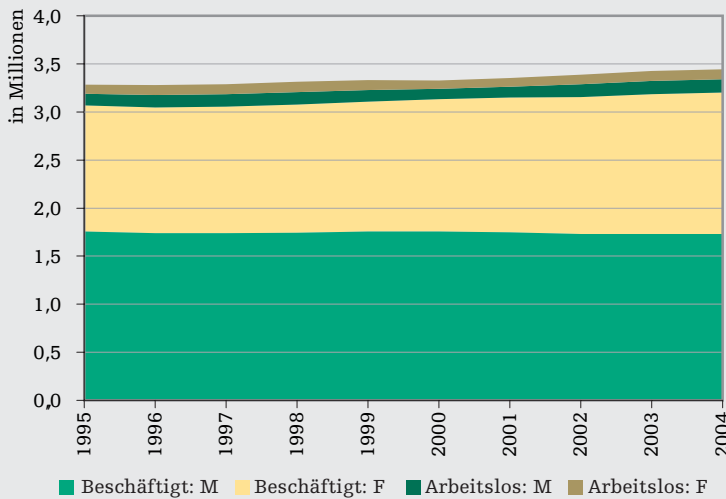
Jahr	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose			Arbeitslosenquote in %		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1995	3.068.200	1.757.400	1.310.800	215.700	120.000	95.700	6,6	6,4	6,8
1996	3.047.300	1.738.800	1.308.500	230.500	128.000	102.500	7,0	6,9	7,3
1997	3.055.600	1.739.600	1.316.000	233.300	128.600	104.800	7,1	6,9	7,4
1998	3.076.700	1.744.400	1.332.300	237.800	129.400	108.400	7,2	6,9	7,5
1999	3.107.900	1.754.800	1.353.100	221.700	121.500	100.200	6,7	6,5	6,9
2000	3.133.700	1.757.000	1.376.700	194.300	107.500	86.800	5,8	5,8	5,9
2001	3.148.200	1.747.700	1.400.400	203.900	115.300	88.600	6,1	6,2	5,9
2002	3.155.200	1.731.100	1.424.100	232.400	134.400	98.000	6,9	7,2	6,4
2003	3.184.800	1.730.600	1.454.100	240.100	139.700	100.400	7,0	7,5	6,5
2004	3.200.500	1.731.200	1.469.300	243.900	140.300	103.600	7,1	7,5	6,6

Quelle: AMS.



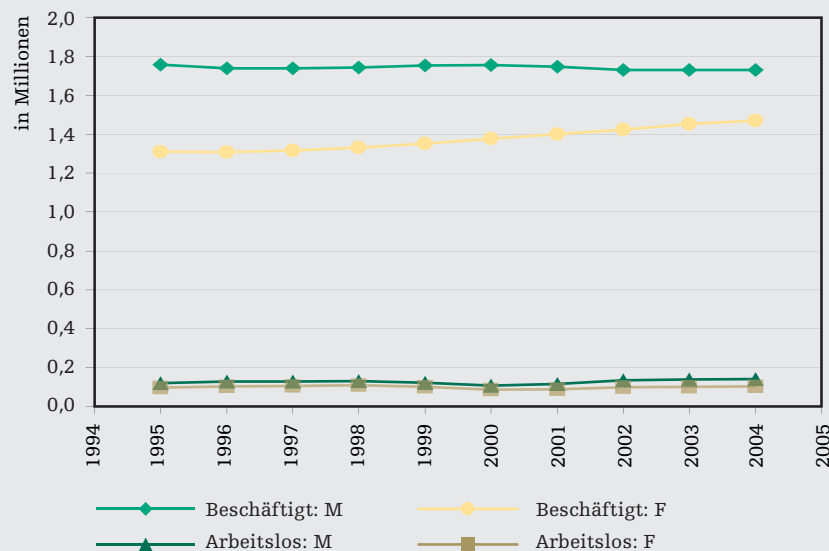
# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Abb. 2: Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes 1995–2004



Quelle: AMS, Berechnungen & Graphiken, IHS.

Abb 3: Entwicklung der Beschäftigten und Arbeitslosen 1995–2004



Quelle: AMS, Berechnungen & Graphiken, IHS.

Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung in Abbildung 3, die die absolute Entwicklung der Beschäftigten und Arbeitslosen präsentiert. Während die Zahl der Beschäftigten bei den Männern praktisch konstant bleibt, steigt diese bei den Frauen deutlich an. Für die Zahl der Arbeitslosen kann festgestellt werden, dass absolut gesehen etwas weniger Frauen arbeitslos sind als Männer.

<sup>28</sup> Vgl. z. B. Leitner et al. 2003, die die Umsetzung der Chancengleichheitszielsetzungen im AMS untersuchen.

Ein Blick auf Abbildung 4 macht deutlich, dass bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosenquote der Frauen über jener der Männer lag, sich dieses Verhältnis aber danach umgekehrt hat. Aus der vorigen Abbildung 3 ist leicht ersichtlich, dass dies auf die leicht rückläufige Arbeitslosenzahl und die ansteigende Beschäftigung bei den Frauen zurückzuführen ist ( $\text{Arbeitslosenquote} = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{Beschäftigte} + \text{Arbeitslose}}$ ).

Der Vergleich der Arbeitsmarktsituation zwischen Frauen und Männern kann noch deutlicher gemacht werden, indem man auf so genannte Gender Gaps abstellt, anstatt auf absolute Größen. Steht die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit im Mittelpunkt, so werden die absoluten Werte der Frauen (sowohl gemeldete Arbeitslose wie auch unselbständig Beschäftigte) bzw. die Arbeitslosenquote von Frauen betont. Soll jedoch die Frage nach der Entwicklung von Gleichstellung am Arbeitsmarkt beantwortet werden, dann ist die Darstellung von Gender Gaps vorzuziehen. Die Wahl der Darstellungsform wird damit von der politischen Zielsetzung einer Maßnahme oder der Fragestellung der Analyse und nur bedingt von den ForscherInnen bestimmt. Dies erfordert jedoch auch eine ausreichend konkrete Zielsetzung, die z. B. der Evaluierung der (geschlechtsspezifischen) Effekte einer Maßnahme zugrunde liegt. Häufig ist die Zielsetzung jedoch so breit formuliert, dass sowohl für UmsetzerInnen wie auch EvaluatorInnen ein gewisser Interpretationsspielraum besteht.<sup>28</sup>

Tony Beck (1999: 7) beschreibt die Notwendigkeit aussagekräftiger Statistiken im Hinblick auf Gender Gaps wie folgt: „In efforts to advance equality and equity between women and men, there is a need to generate accurate and relevant data on the status of women, men and gender relations. This data helps make gender biases more visible and facilitates effective policy-making to bring about greater gender quality and equity. (. . .) A gender sensitive indicator can be de-



# nting zur Genderanalyse

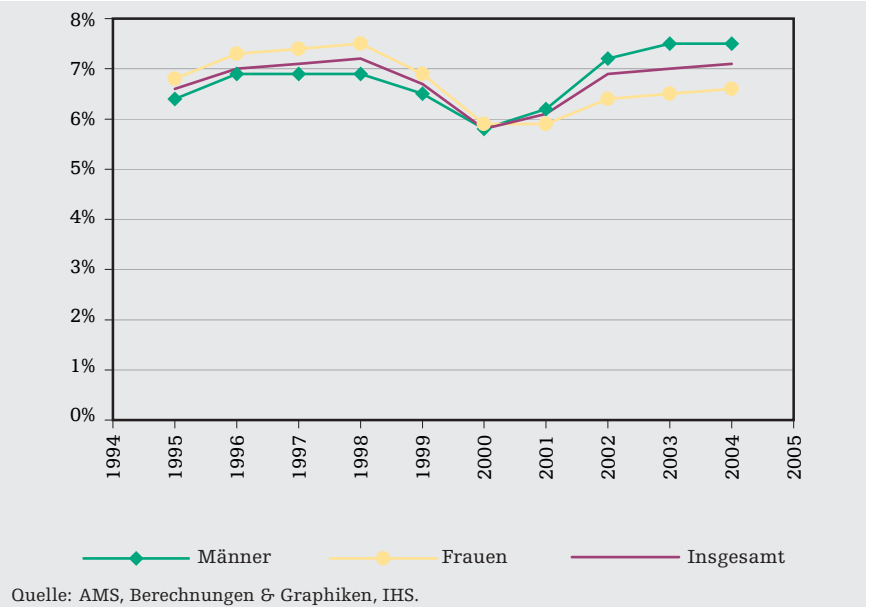
defined as an indicator that captures gender-related changes in society over time.“

Das bedeutet, dass ein gender-sensitiver Indikator <sup>29</sup> zum einen Informationen über den Status von Frauen liefert, gleichzeitig aber auch in Relation zu Männern gebracht werden kann und drittens Informationen über Veränderungen im Zeitverlauf beinhaltet. Für das Beispiel der Arbeitslosenquote der Frauen heißt das, dass sie zwar Aufschluss über die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zum weiblichen Arbeitskräfteangebot für einen bestimmten Zeitpunkt gibt, aber hinsichtlich Gleichstellung wird die Arbeitslosenquote erst im Vergleich zu jener der Männer und in der zeitlichen Entwicklung aussagekräftig.

Bei der Verwendung von Gender Gaps wird zwischen absoluten und relativen Gender Gaps unterschieden: Absolute Gender Gaps stellen die Differenz zwischen den Männerwerten und den Frauenwerten dar. So liegt beispielsweise der absolute Gender Gap bei der Arbeitslosenquote im Jahr 2004 bei +0,9 Prozentpunkten (= 7,5 % – 6,6 %), d. h. Männer weisen eine um 0,9 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote auf als Frauen (siehe nachfolgende Tabelle). Der relative Gender Gap liegt bei –12,1 %, d.h. die Arbeitslosenquote der Frauen ist um 12,1 % niedriger als jene der Männer, oder anders formuliert, die Arbeitslosenquote der Frauen erreicht 87,9 % bezogen auf die Quote der Männer. Der Vergleich über die Zeit zeigt, dass 1995 der relative Gender Gap noch bei 6,5 % lag, d. h. Frauen waren mit einer um 6,5 % höheren Arbeitslosenquote konfrontiert. Die Analyse des Gender Gaps im Zeitverlauf zeigt darüber hinaus, dass sich Geschlechterunterschiede in den letzten drei Jahren verstärkt haben, d. h. der Unterschied ist größer geworden, auch wenn sich das Verhältnis umgekehrt hat.

Der Unterschied zwischen Frauenwerten und Gender Gaps wird explizit vom kanadischen Statistischen Amt thematisiert. In

**Abb 4: Entwicklung der Arbeitslosenquote von Frauen und Männern sowie relative Gender Gaps 1995–2004**



den "Economic gender equality indicators", die erstmals 1997 berechnet wurden und dann wieder für 2000, wird dies für die Bereiche Einkommen, Arbeit und Bildung diskutiert.

"The gender equality indexes use ratios of women to men to show the differences between the sexes for a given measure of equality. A ratio of 1.0 means women and men are equal. An index above or below 1.0 indicates inequality or imbalance for that measure: below 1.0, women have less than men; above 1.0, they have more. A gap that is closing over time, converging on 1.0, may result from changes in women's situation, or in men's situation, or both." (Clark 2001: 1)

Solche Gender Ratios sind für die Arbeitslosen, das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitslosenquote in der Tabelle ausgewiesen und in Abbildung 5 dargestellt. Dabei zeigt sich, dass es in der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zu einer Vergrößerung des Gender Gaps gekommen ist. Das Verhältnis sank von 1998 auf 2004 von 0,837 auf 0,739

<sup>29</sup> Beck (1999: 7) „An indicator is an item of data that summarises a large amount of information in a single figure, in such a way as to give an indication of change over time, and in comparison to a norm. Indicators differ from statistics in that, rather than merely presenting facts, indicators involve comparison to a norm in their interpretation.“

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Tabelle 6: Absolute und relative Gender Gaps der Arbeitslosenquote sowie Gender Ratios 1995–2004

Jahr	Arbeitslosenquote (ALQ)			Gender Gap ALQ		Gender Ratio		
	Insges.	Männer	Frauen	absolut	relativ	Arbeitslose (AL)	Labour Force (LF)	Arbeitslosenquote
1995	6,6	6,4	6,8	-0,4	6,5	0,798	0,749	1,065
1996	7,0	6,9	7,3	-0,4	5,9	0,800	0,756	1,059
1997	7,1	6,9	7,4	-0,5	7,1	0,815	0,761	1,071
1998	7,2	6,9	7,5	-0,6	8,9	0,837	0,769	1,089
1999	6,7	6,5	6,9	-0,4	6,5	0,825	0,775	1,065
2000	5,8	5,8	5,9	-0,2	2,9	0,807	0,785	1,029
2001	6,1	6,2	5,9	0,2	-3,9	0,768	0,799	0,961
2002	6,9	7,2	6,4	0,8	-10,6	0,730	0,816	0,894
2003	7,0	7,5	6,5	1,0	-13,6	0,718	0,831	0,864
2004	7,1	7,5	6,6	0,9	-12,1	0,739	0,840	0,879

Formel zur Berechnung der Gender Gaps und der Gender Ratios:

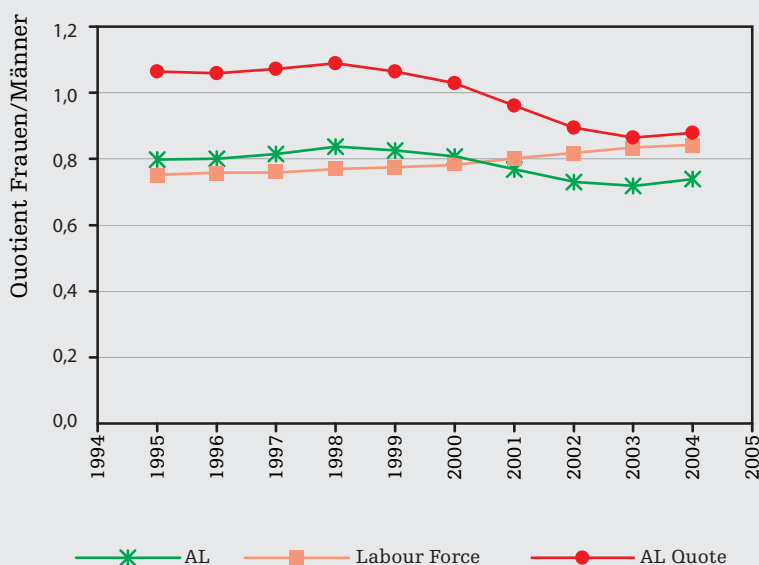
Absoluter Gap ALQ:  $ALQ_M - ALQ_F$

Relativer Gap ALQ:  $(\frac{ALQ_F}{ALQ_M} - 1) \cdot 100$

Gender Ratios:  $\frac{AL_F}{AL_M}, \frac{LF_F}{LF_M}$  und  $\frac{ALQ_F}{ALQ_M} = \frac{AL_F}{AL_M} \cdot (\frac{LF_F}{LF_M})^{-1}$

Quelle: AMS, Berechnungen: IHS.

Abb. 5: Entwicklung der Gender Ratios 1995–2004



Quelle: AMS, Berechnungen & Graphiken, IHS.

und führte hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen zu einer Verschlechterung der Situation der Männer. Gleichzeitig ist aber das Arbeitskräfteangebot in Relation zu jenem der Männer deutlich angestiegen (von 0,749 auf 0,840), wengleich das Arbeitskräfteangebot der Frauen immer noch nur 84 % von jenem der Männer ausmacht. Interessant zu beobachten ist, dass in den Jahren 1994 bis 2000 die Frauen im Verhältnis zu ihrem Arbeitskräfteangebot überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen waren (Gender Ratio bezüglich der Arbeitslosigkeit ist größer als jene der Labour Force), während ab dem Jahr 2001 die Männer überproportional stärker betroffen sind. Wie bereits begründet wurde, ist das auf die Expansion des Arbeitskräfteangebotes zugunsten der Frauen und die Verschlechterung der Arbeitslosensituation der Männer zurückzuführen. Genau diese beiden Entwicklungen determinieren auch die Entwicklung des

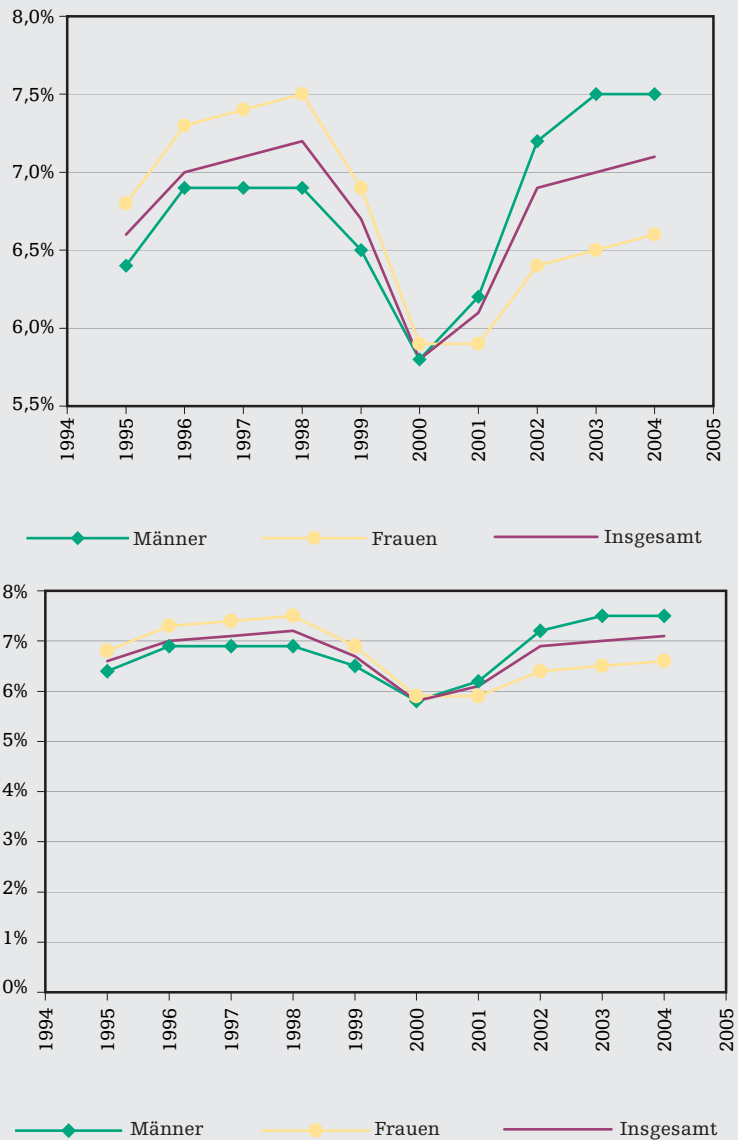
# nting zur Genderanalyse

relativen Gender Gaps zwischen Frauen und Männern (der relative Gender Gap ist dasselbe wie die Gender Ratio, nur als prozentuelle Veränderung dargestellt; vergleiche den Gender Gap und die Gender Ratio für die Arbeitslosenquote in der Tabelle). Tatsächlich lässt sich die Gender Ratio bezüglich der Arbeitslosenquote aus den beiden Gender Ratios der Arbeitslosen und Labour Force durch Division ermitteln (siehe Formeln) und bildet die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern ab. Während bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosenquote der Frauen höher als jene der Männer war und somit die Gender Ratio größer als eins war, ging die Gender Ratio bezüglich der Arbeitslosenquote ab 2001 zurück. Dieses Beispiel zeigt somit wie durch die Berechnung von Gender Ratios und deren grafischer Darstellung eine analytische Interpretation unmittelbar möglich ist.

Wie die Ergebnisse dargestellt werden, ob im Rahmen einer Tabelle oder einer Abbildung, hängt primär mit dem Schwerpunkt der Interpretation zusammen. Eine Abbildung unterstützt grundsätzlich eine rasche Informationsaufnahme und erlaubt darüber hinaus pointiertere Aussagen, indem sie den Blick auf das Wesentliche richtet und Informationen gebündelt wiedergibt (vgl. Wallgren et al. 1996). Tabellen kommt aber insofern Bedeutung zu, als diese die exakten Zahlen für weitere eigene Berechnungen beinhalten, die aus den Grafiken häufig nur schwer ablesbar sind.

Bei der Verwendung von grafischen Abbildungen ist jedenfalls auf eine datengetreue Darstellung zu achten, d. h. der in der Grafik sichtbare visuelle Effekt muss genau dem Dateneffekt entsprechen. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang stellt die Wahl der Skala dar. Wird ein anderer als der natürliche Nullpunkt der Skala gewählt, so können damit Unterschiede überbetont oder verschleiert werden. Im vorliegenden Beispiel bezüglich der Arbeitslosenquote werden die Unterschiede zwischen Frauen

**Abb 6: Zwei unterschiedliche Darstellungsvarianten der Arbeitslosenquotenentwicklung von Frauen und Männern 1995–2004**



Quelle: AMS, Berechnungen & Graphiken, IHS.

und Männern überbetont, wenn die Grafik nicht beim natürlichen Nullpunkt beginnt. Graphische Darstellungen bieten eine Reihe von Möglichkeiten, Ergebnisse verzerrt darzustellen, ohne dass dies beabsichtigt wäre, wie z. B. die Darstellung von dreidimensionalen Balkendiagrammen oder aber die Verwendung von Bildern (vgl. dazu ausführlich z. B. Krämer 1990; Herdman et al 1996; Wallgren et al. 1996).

## 6.3 Zusammenführung gendersensibler Statistiken und Gender-Indices

Häufig werden im Zusammenhang mit der interessierenden Fragestellung unterschiedliche Variablen für die Analyse herangezogen, die jeweils andere Aspekte abdecken und unterschiedliche Tendenzen aufweisen können. Wird beispielsweise der Frage nachgegangen, inwieweit die zunehmende Erwerbsintegration von Frauen zu mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern geführt hat, so wird sich die Analyse auf die Erwerbsintegration von Frauen beziehen, aber auch auf die Frage der Qualität der Erwerbsintegration (z. B. Arbeitszeit, Einkommen etc.). D. h. es fließen verschiedene Indikatoren in die Bewertung ein, die sich auch gegenläufig entwickeln können. So kann beispielsweise eine zunehmende Erwerbsintegration dazu führen, dass sich Gender Gaps verstärken, wie z. B. in Einkommen, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Zudem können Geschlechterunterschiede von verschiedenen anderen Variablen abhängen, wie beispielsweise die geschlechterspezifischen Arbeitslosenquoten vom Alter, der Bildung oder den Lebensphasen der Personen. Für die einzelnen Personengruppen werden auch hier unterschiedliche Entwicklungen beobachtbar sein. Wie ist die Entwicklung dann insgesamt zu bewerten? Wiegen sich positive und negative Effekte auf? Ein erster Ansatz, um mit solchen Problemen umzugehen, stellt die Zusammenführung unterschiedlicher Indikatoren zu einem Index dar.<sup>30</sup>

Ein Beispiel für einen Indikator, der Geschlechtergerechtigkeit abbilden soll, ist der „Gender Equality Index for Norwegian municipalities“.<sup>31</sup> Dabei wird für jede Gemeinde ein Set von Indikatoren erhoben, die dann in einen Index zusammengefasst werden. Die Indikatoren beziehen sich sowohl auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen als auch die Qualität der Erwerbsintegration, aber auch auf Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf

und Familie oder die Politische Partizipation von Frauen auf Gemeindeebene.

„An index is a composite measurement, a way to simplify or compress data. In the gender equality index we try to combine various – direct and indirect – measurements of gender equality that show the extent to which women and men participate – or have the opportunity to participate – in politics, education and working life in an individual municipality.“<sup>32</sup>

Derzeit setzt sich der Index aus sechs Indikatoren zusammen:

- Anteil Kinder von 1 bis 5 Jahren in Kindergärten (Betreuungsgrad)
- Anteil von Frauen im Gemeinderat
- Anzahl von Frauen pro 100 Männer im Alter von 20 bis 39 Jahren
- Bildungsstand von Frauen und Männern
- Beschäftigungsquote von Frauen und Männern
- Einkommen von Frauen und Männern

Für die ersten drei Indikatoren werden die Gemeinden gerankt und in Quartile gruppiert, dann wird jeweils entsprechend der Quartilszugehörigkeit der Wert 4, 3, 2 oder 1 zugewiesen, d. h. Gemeinden, die unter den 25 besten Gemeinden sind, erhalten den Wert 4 usw.

Im Zusammenhang mit den anderen 3 Variablen taucht die Frage auf, ob auf die Höhe des Frauenwertes oder aber auf den Unterschied zwischen Frauen und Männern abgestellt werden soll. Im Index selbst wird eine Kombination verwendet: „For education, municipalities have been ranked by women’s education level and the relative levels of education for women and men. The total is divided by two, so that the maximum and minimum point values are 4 and 1 respectively.“ Damit wird verdeutlicht, dass es nicht nur darum geht, die Beteiligung der Frauen zu erhöhen, sondern gleichzeitig auch die Unterschiede zu Männern abzubauen.

<sup>30</sup> Vgl. zu dieser Problematik im Zusammenhang mit dem internationalen Vergleich von Frauenerwerbstätigkeit Wroblewski, Leitner 2004.

<sup>31</sup> [http://www.ssb.no/english/subjects/00/02/10/likekom\\_en/main.html](http://www.ssb.no/english/subjects/00/02/10/likekom_en/main.html)

<sup>32</sup> [http://www.ssb.no/english/subjects/00/02/10/likekom\\_en/arkiv/art-2002-01-17-01-en.html](http://www.ssb.no/english/subjects/00/02/10/likekom_en/arkiv/art-2002-01-17-01-en.html)

# nting zur Genderanalyse

**Tabelle 7: „Gender Equality Index for Norwegian municipalities“ am Beispiel der Gemeinde Kongsvinger (Norwegen)**

„Kongsvinger Municipality has a kindergarten coverage of 65,6 per cent, this is below the national average, and gives a value of 1 point in the index. The percentage of female municipal council members is 30,3. This too is almost on par with the national average and equals 2 points. The number of women per 100 men aged 20–39 is 96 and gives a value of 3 points. In terms of education, 16,4 per cent of the women in the municipality (aged 16 and over) have higher education. 15,7 per cent of the men have higher education. In total this gives a value of 1,5 points. The percentage of women in the labour force is 72,3. This is low compared with other municipalities, and equals 1 point. However compared with the municipality's male population it equals 2 points. This gives the municipality a total indicator for labour force participation of 1,5 points. An average income of nearly NOK 193. 100 is grouped among the 25 per cent of municipalities with the highest income for women, and gives a value of 4 points. When compared with men in the municipality, the figure is 4 points, thus 4 points in total. The average of all indicators gives an index of 2,2, placing Kongsvinger below the national average, of 2,5 points.“

Indicator	Value	Points
Kindergarten coverage, children aged 1–5	65,6	1,0
Percentage of female municipal council members	30,3	2,0
Number of women per 100 men	96,0	3,0
Percentage of women/men aged 16 and over with higher education	16,4/15,7	1,5
Percentage of women/men aged 20–66 in the labour force	72,3/80,5	1,5
Average income for women/men	193100/288300	4,0
<b>Total</b>	–	<b>13,0/6 = 2,2</b>

It must be emphasized that this index is relative: The fact that a municipality has a 4 on income, for example, does not mean that women and men have an equally high income, only that the municipality is placed in the highest quartile.

Quelle: Statistics Norway; [http://www.ssb.no/likekom\\_en/](http://www.ssb.no/likekom_en/)

Der Index wird für jede Gemeinde berechnet und die Gemeinden schließlich nach der Höhe des Indexes gerankt. Dieser Index wird seit 1999 jährlich berechnet und publiziert, wobei jeweils auf Veränderungen der Position einzelner Gemeinden eingegangen wird.

Mit der Verwendung des Indexes wird auch vermieden, dass das Ranking je nach verwendetem Indikator unterschiedlich ausfällt. So wird im vorliegenden Beispiel zur Bewertung der Geschlechtergerechtigkeit nicht nur auf die Erwerbssphäre sondern auch auf das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und die politische Partizipation von Frauen abgestellt. Weiters wird im Hinblick auf die Erwerbssphäre nicht nur auf das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung Bezug genommen, sondern es werden auch die Qualität der Erwerbsintegration (Einkommen) und der Bildungsstand gleichgewichtig berücksichtigt.

## 7. Schlussfolgerungen

Der vorliegende Beitrag liefert einerseits theoretische Überlegungen, welche Voraussetzungen eine gendersensible Statistik erfüllen müsste, andererseits einen Einblick, inwieweit diese Kriterien derzeit für unterschiedliche Themenbereiche erfüllt sind. Dabei zeigt sich, dass in den letzten Jahren eine Reihe von Weiterentwicklungen im Bereich der Datengrundlagen aber auch der Indikatoren in Richtung einer geschlechtersensitiven Kultur stattgefunden haben. Es wird aber auch deutlich, dass in einer Vielzahl von Bereichen statistische Lücken bestehen, d. h. Bereiche statistisch nicht erfasst, die Daten nicht immer nach Frauen und Männern getrennt ausgewiesen sind, über das Geschlecht hinausgehend weitere Differenzierungen notwendig wären und die verwendeten Indikatoren nicht immer geschlechtsneutral sind.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

Gendersensible Statistik soll dazu beitragen die unterschiedlichen Rollen von Frauen und Männern zu verstehen, ihre Interessen, Bedürfnisse, Beschränkungen und Möglichkeiten offen zu legen. Diese Zielsetzung bringt nicht nur mehr Wissen über die Geschlechterverhältnisse, sondern dient der Politik, indem sie Zielgruppen, Anreize und Maßnahmen besser steuern kann und damit die Effektivität und Effizienz politischer Maßnahmen erhöht.

Fasst man die Voraussetzungen einer gendersensiblen Statistik vor diesem Hintergrund zusammen, so können folgende Fragestellungen bzw. Prozessschritte identifiziert werden:

1. Welche Themenbereiche und Fragestellungen sind für die Geschlechterverhältnisse wichtig und wie weit liegen dafür statistische Informationen vor? ⇨ Identifikation von Datenlücken
2. Sind diese Daten für Frauen und Männer getrennt ausgewiesen? ⇨ Sex-Counting
3. Inwieweit erfolgt die Interpretation der Ergebnisse gesondert für Frauen und Männer und eine Gegenüberstellung der wesentlichen Unterschiede? ⇨ Genderinterpretation
4. Wieweit sind diese Daten valide, in dem sie für Frauen und Männer gleichermaßen repräsentativ sind? ⇨ Validitätsprüfung
5. Inwieweit werden die Informationen durch geschlechtsneutrale Indikatoren abgebildet, oder wirken sie verzerrend gegenüber der Lebenssituation von Frauen und Männern? ⇨ Indikatorenprüfung
6. Auf welchem Aggregationsniveau sind die Informationen verfügbar? Im Idealfall sollten die Informationen auf individueller Ebene verfügbar und verknüpfbar sein. ⇨ Individualdaten
7. Werden durch die Daten unterschiedliche Lebenslagen und Geschlechterrollen von Frauen und Männern abgebildet? ⇨ Genderkriterium

8. Können durch die vorliegenden Daten Veränderungen im Zeitverlauf nachvollzogen werden? ⇨ Zeitvergleichskriterium
9. Sind durch die vorliegenden Daten regionale Vergleiche (national und international) möglich? ⇨ Regionenvergleichskriterium

Um die praktischen Voraussetzungen und Probleme zur Umsetzung einer gendersensiblen Statistik zu illustrieren, wurden drei Themenbereiche ausgewählt, die sich sowohl hinsichtlich der allgemeinen statistischen Erfassung als auch der Sensitivität gegenüber Geschlechterfragen stark voneinander unterscheiden. In keinem der Bereiche sind die Voraussetzungen vollständig erfüllt, aber es zeigen sich unterschiedliche Defizite:

- **Bezahlte und unbezahlte Arbeit:** Bezahlte Arbeit bzw. Erwerbsarbeit bildet einen Kernbereich der Wirtschaftsstatistik, in dem sich ein eingespieltes Set von Indikatoren herausgebildet hat, bei dem die Trennung zwischen Frauen und Männern üblich ist. Allerdings sind die gängigen Indikatoren (wie Erwerbsquoten oder Arbeitslosenquoten) auf die typischen Erwerbsmuster von Männern (Vollzeit, kontinuierlich) ausgerichtet und unter- bzw. überschätzen die bezahlte Arbeit von Frauen. Informationsdefizite bestehen v. a. im Hinblick auf unbezahlte Arbeit. Um die Geschlechterunterschiede bei der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erfassen, bedarf es Zeitbudgeterhebungen, die für Österreich zuletzt 1992 durchgeführt wurden. Bei Erwerbsarbeit ist auf die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Aussagekraft der Indikatoren bei der Interpretation zu achten, indem zumindest nach Geschlecht und Alter oder familiärer Situation (Betreuungspflichten) unterschieden wird.



# nting zur Genderanalyse

- Der **Bildungsbereich** ist ebenfalls statistisch relativ gut erfasst und die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind im Kernbereich dokumentiert. Doch die mit Bildung einhergehenden Beschäftigungswirkungen sind nicht nur von den dokumentierten Bildungsabschlüssen abhängig, sondern ergeben sich auch durch inhaltliche Orientierungen, Zusatzqualifikationen und Weiterbildung, für die kaum Daten vorliegen. Eine gendersensible Statistik, die den komplexen Zusammenhang zwischen Bildung und Erwerbschancen abbildet, müsste daher genauere Informationen über solche Bildungsaspekte beinhalten.

- **Behinderung** ist in vielen Teilbereichen Thema und wird v. a. dort statistisch erfasst, wo damit Förderungen oder Transferzahlungen verbunden sind, d. h. in der Arbeitsmarktpolitik und bei Sozialversicherungen. Damit ist aber auch hier wiederum eine starke Erwerbsorientierung der Daten und Indikatoren gegeben und kann damit die Barrieren für weibliche Behinderte zur Erwerbstätigkeit nicht ausreichend abbilden. Dies würde zunächst einmal eine einheitliche – vom Bezug von Transferleistungen unabhängige – Definition von Behinderung und in einer langfristigen Perspektive die Berücksichtigung des Themas als Querschnittsmaterie – analog zu Geschlecht – voraussetzen.

Die Fallbeispiele zeigen, dass sowohl die im administrativen Prozess gewonnenen als auch über Befragungen erhobenen Daten primär wirtschaftlichen Fragestellungen dienen, bei denen „produktive“ Tätigkeiten im Vordergrund stehen. So sind jene Bereiche, die einen volkswirtschaftlichen Wert haben bzw. die mit Geldleistungen in Verbindung stehen, durch Befragungen besser statistisch dokumentiert. Auch bei administrativ erfassten Daten spielen wirtschaftliche Aspekte eine zentrale Rolle, wie z. B. die Erfassung von Behinderten nach

Sozialversicherungsansprüchen. Im Allgemeinen scheint ein „Sex-Counting“, d. h. die getrennte Ausweisung von Frauen und Männern weniger das Problem, als die allgemeine Vernachlässigung jener Bereiche, in denen Frauen aufgrund geringerer Erwerbsbeteiligung stärker zu finden sind, nämlich den „unproduktiven“ Bereichen. Die Erwerbsorientierung von Daten und Indikatoren führt aber auch dazu, dass durch die Indikatoren Frauen ausgeschlossen werden können. Beispielsweise werden Frauen mit Behinderung, die nicht als arbeitssuchend registriert sind oder über einen formalen Behindertenstatus (begünstigte Behinderte) verfügen, nicht zur Zielgruppe von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gerechnet. Hinzu kommt, dass die verwendeten Indikatoren, vor allem in den gut dokumentierten Bereichen wie Erwerbsarbeit oder Bildung für Frauen und Männer häufig nicht dieselbe Aussagekraft haben, da sie Unterschiede im Zugang zur Erwerbstätigkeit/Bildung oder aber auch die unterschiedliche Umsetzbarkeit von Bildung nicht erfassen.

Als besonders problematisch erweisen sich das Genderkriterium und die Anforderung, dass Daten im Zeitverlauf analysiert werden können. Denn schwieriger als die Trennung nach dem biologischen Geschlecht ist eine Differenzierung nach unterschiedlichen familiären oder beruflichen Situationen oder Rollen. Persönlichkeitsmerkmale wie Betreuungspflichten sind in administrativ erhobenen Daten kaum vorhanden, sodass damit die Informationsquellen erheblich eingeschränkt werden. Die zentralen Datenquellen bilden für viele Bereiche der Mikrozensus bzw. MZ-Sonderprogramme sowie die Volkszählung, die es 2001 zuletzt gab. Die wiederholte Befragung des Grundprogramms vermittelt zunächst auch den Eindruck eines kontinuierlichen Dateninstruments, doch diverse Umstellungen begrenzen den Aufbau längerfristiger Zeitreihen. Solche Modifikationen ergeben sich im kleineren Ausmaß durch die Anpassung

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

der Stichprobe an die jeweiligen Ergebnisse der Volkszählung oder durch Umstellungen von Klassifizierungen (z. B. Übergang auf NACE-Wirtschaftsklassen 1997). Größere Veränderungen wie die Umstellung der Stichprobengrößen (keine Klumpung der Bundesländer) und der Erhebungsverfahren (von face-to-face-Befragungen zum teilweisen Einsatz telefonischer Befragungen) verbessern zwar die Qualität der Daten. Sie erzeugen aber Brüche in den Zeitreihen, durch die zeitliche Veränderungen zwischen 2004 und davor kaum mehr möglich sind (vgl. Kytir, Stadler 2004)

Besser erfüllen die Daten das Kriterium der regionalen Validität und Vergleichbarkeit. Die Größe von Wien erlaubt auch für österreichweite Erhebungen grundsätzlich eine wienspezifische Auswertung. Insofern ist der Regionalbedarf der Kommune Wien gewährleistet, wenn nach Bundesländern differenziert werden kann. Bei Mikrozensusdaten ist dies ebenfalls gegeben (wenngleich die Stichprobe nach 2004 deutlich kleiner ist als davor). Probleme können sich dennoch aufgrund zu geringer Fallzahlen ergeben, wenn Analysen für spezifische Subgruppen durchgeführt werden sollen.

Insgesamt belegen die drei Fallbeispiele die Tatsache, dass Genderfragen bisher nicht als Querschnittsfragen berücksichtigt werden, sondern ein Nebenprodukt des statistischen Systems sind. Gendersensible Statistik ist ein neues Thema, das sich über alle statistischen Themenbereiche erstreckt und in das vorhandene statistische System eingebaut werden soll. Die Defizite einer geschlechtersensiblen Statistik liegen nur teils bei Datenlücken, während hingegen die Verwendung von Statistiken eine ganz wichtige Bedeutung erhält. Die Entwicklung von gendersensiblen Statistiken ist daher als Prozess zu sehen, der langfristig geplant und ausgehend von bestehenden Datengrundlagen Informationen über die Geschlechterverhältnisse erschließen soll.

Zentral für die Entwicklung einer gendersensiblen Statistik ist es, den Dialog zwischen ProduzentInnen und NutzerInnen von Daten zu verbessern. Dabei geht es nicht nur darum, die Beteiligung der NutzerInnen an der Datengewinnung zu intensivieren, sondern erscheint auch die Schulung von NutzerInnen im Hinblick auf die Interpretation und Verwendung von statistischem Datenmaterial notwendig. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, NutzerInnen für Fragen der Datenqualität zu sensibilisieren und diese auch in die Lage zu versetzen, zwischen den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Datenquellen – insbesondere amtlicher und nicht-amtlicher Statistik – zu unterscheiden. „The main requirement for the production and dissemination of statistics that reflects the realities of women and men is that users and producers work together to identify the issues to be addressed and necessary statistical outputs.“ (Hedmann et al. 1996: 6).

Die Weiterentwicklung der bestehenden Statistik in der Gemeinde Wien in Richtung einer gendersensiblen Statistik erfordert Veränderungen nicht nur in den verfügbaren Daten, indem beispielsweise jeweils die Variablen Geschlecht und/oder Betreuungspflichten erfasst werden, sondern auch eine veränderte Perspektive bei der Interpretation der Daten. Insgesamt ist damit ein Umstrukturierungsprozess notwendig, der zu folgendem Ablauf führen könnte:

1. Festlegung der inhaltlichen Zielsetzungen bzw. Fragestellungen der NutzerInnen von Statistiken der Stadt Wien. Damit sind neben den politischen EntscheidungsträgerInnen auch die unterschiedlichen Magistratsabteilungen gemeint, wie auch SozialwissenschaftlerInnen, die für ihre Tätigkeit (im Auftrag der Stadt Wien oder im Rahmen von Grundlagenforschung) auf Statistiken der Stadt Wien zurückgreifen.

# nting zur Genderanalyse

2. Erfassung der mit den Fragestellungen verbundenen Anforderungen an Datengrundlagen und Indikatoren im Hinblick auf Grundgesamtheit, Reichweite, Aussagekraft, Verfügbarkeit und potentiellen Erklärungswert der Daten. Letzter ist je höher, desto mehr Informationen zu erklärenden Variablen in den Datengrundlagen enthalten sind und für multivariate Analysen herangezogen werden können. Auch sollten die Informationen im Idealfall im Zeitverlauf verfügbar sein.
3. Sind die Anforderungen an Daten und Indikatoren bekannt, erfolgt eine systematische Überprüfung der vorliegenden Datenbestände, wobei besonderes Augenmerk auf „geschlechtsblinde Flecken“ gelegt wird.
4. Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Datenqualität und zum Schließen von Datenlücken, z. B. durch die Ergänzung von bestehenden Datenerfassungssystemen um weitere Variablen, durch die Verknüpfung unterschiedlicher Datenbestände.
5. Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der administrativen Datengrundlagen (siehe Punkt 4) und Schließen von weiterhin bestehenden Datenlücken durch Primärerhebungen mit spezifischen Fragestellungen.
6. Durch die Verbesserung des Informationsgehalts der Datengrundlagen ergibt sich auch die Möglichkeit der Weiterentwicklung von Indikatoren. Hier sollte der Schwerpunkt darauf liegen, die Aussagekraft von Indikatoren für Frauen und Männer jeweils zu hinterfragen und
7. Gendersensible Darstellung und Interpretation der Daten: In jeder Analyse – unabhängig von der konkreten Fragestellung – sollte explizit auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen eingegangen werden. Das bedeutet nicht nur, die Indikatoren für Frauen und Männer getrennt auszuweisen, sondern gegebenenfalls vorhandene Unterschiede aufgrund von Geschlechterrollen explizit anzusprechen und diese so weit möglich zu erklären oder zumindest Hypothesen über vermutete Erklärungsfaktoren zu formulieren.
8. Präsentation und Verbreitung der Ergebnisse an EntscheidungsträgerInnen als Input für den Politikgestaltungsprozess und an die interessierte Öffentlichkeit.
9. Auf Basis der Ergebnisse der Analyse sowie deren Diskussion erfolgt die Formulierung neuer Fragestellungen bzw. Reformulierung der Ausgangsfragestellungen, d. h. der Prozess beginnt wieder von vorne.

Insgesamt ist die Entwicklung von gendersensiblen Statistiken ein sehr langfristiger Prozess. „The production of gender statistics is a never ending process. It is a continuous process of integrating developments and improvements of gender statistics into the entire official statistical system.“ (Hedmann et al. 1996: 11) Doch der dabei erforderliche Aufwand wird durch den Nutzen eines gendersensiblen Statistikersystems durchaus belohnt.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

## 8. Abkürzungsverzeichnis

ALQ	Arbeitslosenquote
AMS	Arbeitsmarktservice
ARE BFS	Bundesamt für Raumentwicklung, Bundesamt für Statistik (Schweiz)
bm:bwk	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMS	Berufsbildende Mittlere Schule
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BSB	Bundessozialbehörde
CVTS	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Erhebung über berufliche Weiterbildung)
DWH	Datawarehouse des AMS
ECHP	European Community Household Panel (Europäisches Haushaltspanel)
EU-SILC	European Statistics on Income and Living Conditions
EUROSTAT	Statistisches Amt der EU
GBP	Gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt
Gew. SV	Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft
GIS	Gebühren Info Service
GM	Gender Mainstreaming
HV	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
ILO	International Labour Organization
IMAS	Marktforschungsinstitut mit Sitz in Linz
KAV	Krankenanstaltenverbund
MN	Maßnahme
MZ	Mikrozensus
NACE	Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes (Klassifikation der Wirtschaftsklassen)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PISA	Programme for International Student Assessment
PVA	Pensionsversicherungsanstalt
SIS	Schulstatistisches Informationssystem
SÖB	Sozialökonomischer Betrieb
TIMSS	Third International Mathematics and Science Study
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UPIS	Unterrichts-, Personal- und Informationssystem
VZ	Volkszählung
WHO	World Health Organization
WK	Wirtschaftskammer

# nting zur Genderanalyse

## 9. Literatur

- Anker R. (1998), Gender and Jobs. Sex segregation of occupations in the world. International Labour Office, Geneva.
- Anker R., Chernyshev I., Egger Ph., Mehran F., Ritter J. (2002), Measuring Decent Work with Statistical Indicators. Policy Integration Department, Statistical Development and Analysis, Working Paper No. 2, ILO Office, Geneva ([http://www.ilo.org/public/english/bureau/integration/download/publicat/4\\_3\\_124\\_paper2.pdf](http://www.ilo.org/public/english/bureau/integration/download/publicat/4_3_124_paper2.pdf)).
- ARE BFS, Bundesamt für Raumentwicklung, Bundesamt für Statistik (2001), Mobilität in der Schweiz. Ergebnisse des Mikrozensus 2000 zum Verkehrsverhalten, Bern.
- Aufhauser E., Herzog S., Hinterleitner V., Oedl-Wieser T., Reisinger E. (2003), Grundlagen für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“, Studie im Auftrag des Bundeskanzleramts, Wien.
- Badelt C., Holzmann-Jenkins A., Matul C., Österle A. (1997), Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien.
- Badelt C., Österle A. (1998), Grundzüge der Sozialpolitik. Spezieller Teil, Wien.
- Beck T. (1999), Using Gender-Sensitive Indicators. A Reference Manual for Governments and Other Stakeholders, Commonwealth Secretariat, June 1999, London.
- BMSG (1999), 3. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien.
- BMSG (2003), Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich, Wien.
- BMSG (2003), Bundesweites arbeitsmarktpolitisches Behindertenprogramm BABE 2003/2004, Wien.
- BMSG, BMBWK (2002), Geschlechtsspezifische Disparitäten, Wien.
- BMSG, Statistik Austria (2003), Haushaltsführung. Kinderbetreuung. Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien.
- Brunner C.F. (2000), Die Herstellung von Behinderung und Geschlecht. Sozialisations- und Lebensbedingungen von Mädchen und Frauen mit (Körper-) Behinderungen, in: Gemeinsam leben - Zeitschrift für integrative Erziehung Nr. 2-00 (<http://info.uibk.ac.at/c/c6/bidok/texte/gl2-00-geschlecht.html>).
- Bundesministerium für Frauenangelegenheiten, Bundeskanzleramt (1995), Frauenbericht 1995. Bericht über die Situation der Frauen in Österreich, Wien.
- Büro für Frauenfragen (2001), Frauenleben in Oberösterreich, Linz.
- Clark W. (2001), Economic Gender Equality Indicators 2000, Statistics Canada ([http://www.swc-cfc.gc.ca/pubs/egei2000/egei2000\\_e.html](http://www.swc-cfc.gc.ca/pubs/egei2000/egei2000_e.html)).
- Delmar F. (2003), Women Entrepreneurship: Assessing Data Availability and Future Needs, paper presented at the OECD Workshop on Improving Statistics on SME's and Entrepreneurship, Paris, 17-19 September 2003 (<http://www.oecd.org/dataoecd/50/48/14723090.pdf>).
- EUROSTAT (2002), The life of women and men in Europe, Luxembourg.
- Finder R., Blaschke S. (1999), Tendenzen im Dienstleistungssektor Tendenzen der Frauenbeschäftigung, Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Wien.

# Gendersensible Statistik – Vom Sex-Cou

- Gershuny J. (2002), *Changing Times. Work and Leisure in Postindustrial Society*, Oxford.
- Giovannelli C., Gunnsteinsdottir H., Me A. (2003), *The Status of Statistics on Women and Men's Entrepreneurship in the UNECE Region*, paper presented at the OECD Workshop on Improving Statistics on SME's and Entrepreneurship, Paris, 17–19 September 2003 (<http://www.oecd.org/dataoecd/2/36/9252934.pdf>).
- Götzinger K. (2003), *Frau sein ohne Barrieren*, in: *Kontraste Oktober 2003*, S. 7–8.
- Götzinger K., Kreilinger B., Pauser N., Haider M. (2004), *Frau sein – barrierefrei. Zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen mit Behinderung*, Studie im Auftrag des BMSG, Wien ([http://www.teleonline.at/images/docs/Handbuch\\_Frau\\_sein\\_barrierefrei.pdf](http://www.teleonline.at/images/docs/Handbuch_Frau_sein_barrierefrei.pdf)).
- Gross I. (1995), *Erhebungen über die Zeitverwendung 1981 und 1992. Hauptergebnisse – Schluß*, in: *Statistische Nachrichten*, Heft 3, S. 205–208.
- Hedmann B., Perucci F., Sundström P. (1996), *Engendering Statistics. A Tool for Change*, Statistics Sweden, Stockholm.
- Herry M., Snizek S. (1993), *Wiener Verkehrskonzept – Verkehrsverhalten der Wiener Bevölkerung 1991*, Beiträge zur Stadtfor-schung, Stadtentwicklung und Stadtgestal-tung, Band 40, Wien.
- Herry M., Sammer G. (1998), *Mobilitätserhebung österreichischer Haushalte*, Studie im Auftrag des BMWV, Wien.
- Horak C., Schmid T., Bilder G., Fürnschuß M., Mayrhofer M., Nowak-Tran T. (2003), *Evaluierung der Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung*, BMSG (Hrsg.), Wien.
- ILO (2003), *Final Report of the 17<sup>th</sup> International Conference of Labour Statisticians*, Geneva, 24<sup>th</sup> November, 2003 (<http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/download/17thicls/final.pdf>).
- IMAS (2002), *Kritischer Blick auf die Freizeitgesellschaft*, IMAS-report Nr. 19, Oktober 2002, Linz.
- Integration:Österreich (Hrsg.) (2003), *Buch der Begriffe. Sprache. Behinderung. Integration*, Bundessozialamt, Wien.
- Jacobshagen N., Kunz A. (2004), *Freizeit = Frei – Zeit?*, in: *Sichere Arbeit 3/2004*, S. 35–38.
- Keuzenkamp S. (2004), *Statistics on (provi-sions for the) reconciliation of work and care tasks: a challenge*, paper presented at the 25<sup>th</sup> CEIES Seminar, Stockholm, 21–22 June 2004.
- Klapfer K. (2003), *Körperlich Beeinträch-tigte und Erwerbstätigkeit*, in: *Statistische Nachrichten 4/2003*, S. 278–289.
- Koppetsch C., Burkart G. (1999), *Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit laten-ter Geschlechtnormen im Milieuvvergleich*, Konstanz.
- Krämer W. (1990), *So lügt man mit Statistik*, 3. Aufl., Frankfurt/Main; New York.
- Kronsteiner C. (2002), *Monatliche Ver-brauchsausgaben nach Haushaltsgröße und -typ. Konsumerhebung 1999/2000*, in: *Statistische Nachrichten 1/2002*, S. 25–28.
- Kytir J., Stadler B. (2004), *Die kontinuierli-che Arbeitskräfteerhebung im Rahmen des neuen Mikrozensus. Vom „alten“ zum „neu-en“ Mikrozensus*, in: *Statistische Nachrich-ten 6/2004*, S. 511–518.



# nting zur Genderanalyse

- Leitner A. (2001), Frauenberufe – Männerberufe. Zur Persistenz geschlechtshierarchischer Arbeitsmarktsegregation, IHS Reihe Soziologie No. 47, Wien.
- Leitner A., Kreimer M., (2004), Von Frauenförderung zu Gender Mainstreaming. Chancengleichheit in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik, Wien.
- Leitner A., Wroblewski A. (2000), Frauen als Zielgruppe der Arbeitsmarktpolitik, in: *Wirtschaft und Gesellschaft 2/2000*, Wien, S. 191–214.
- Mata-Greenwood A. (o.J.), *Incorporating gender issues in labour statistics*, ILO Bureau of Statistics, STAT Working paper nr. 99-1, Geneva.
- Me A. (2004), *Gender Statistics: are there new challenges for Europe?*, paper presented at the 25<sup>th</sup> CEIES Seminar, Stockholm, 21–22 June 2004.
- Moser C. et al. (1999), *Mainstreaming Gender and Development in the World Bank: Progress and Recommendations*, Washington.
- Niehaus M. (2002), *Genderspezifische Differenzierung von Lebenslagen. Sisterhood, Konkurrenz oder weder Küsse noch Karriere für Frauen mit Behinderung?*, in: Goldberg C., Rosenberger S.K. (Hrsg.), *Karriere-FrauenKonkurrenz*, Studien Verlag, Innsbruck, S. 171–182.
- Niemi I., Pääkkönen H. (2002), *Time Use Changes in Finland through the 1990s*, Statistics Finland, Helsinki.
- ÖAMTC Akademie (Hrsg.) (1992), *Frauen-Bewegung in der Stadt von morgen*, Wien.
- OECD (2003), *Bildung auf einen Blick*, Paris.
- OECD (2004), *Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003*, Paris.
- Opaschowski H.W. (1997), *Einführung in die Freizeitwissenschaft*, Opladen.
- Papouschek U., Pastner U. (1999), *Über die Entwicklung der Bildung und Berufsausübung in Österreich*. In: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, Hochschulbericht 1999, Wien.
- Prinz C. (1995), *Bevölkerung & Mobilität im 21. Jahrhundert. Mobilitätsentwicklungen in Österreich unter besonderer Berücksichtigung von Frauen und Senioren*, Studie im Auftrag der ÖAMTC Akademie, Wien.
- Stadt Dornbirn (2001), *Dornbirner Jugendstudie 2001. Freizeit, Alltag und Werte der 13- bis 18-Jährigen*, Österreichisches Institut für Jugendforschung, Dornbirn.
- Statistik Austria (2004), *Volkszählung. Berufspendler*, Wien.
- Wallgren A., Wallgren B., Persson R., Jorner U., Haaland J.A. (1996), *Graphing Statistics & Data*, Sage Publications.
- Windquist K. (2004), *The life of women and men in Europe*, paper presented at the 25<sup>th</sup> CEIES Seminar, Stockholm, 21–22 June 2004.
- Wroblewski A., Leitner A., (2004), *Benchmarking Chancengleichheit. Österreich im EU-Vergleich*, IHS Reihe Soziologie No. 67, Wien.
- Zellmann P., Haslinger B. (2002), *Details im Freizeitverhalten der ÖsterreicherInnen*, Forschungstelegramm 07/2002, Institut für Freizeit- und Tourismusforschung, Wien (<http://www.freizeitforschung.at/Forschungsarchiv/forschungsarchiv.html>).